

# Zukunft Vulkan Vogelsberg

Ergebnisse und Empfehlungen aus dem Modellvorhaben  
Regionalstrategie Daseinsvorsorge (MORO)



## INHALT

Vorwort .....	3
Modellvorhaben.....	4
Organisationsstruktur.....	5
Themen .....	6
Akteursnetzwerk.....	7
Bevölkerungsprognose .....	8
Technische Infrastruktur .....	10
Siedlungsentwicklung .....	12
Pflege und Senioren.....	14
Ärztliche Versorgung.....	16
Jugend.....	18
Bildung .....	20
Fachkräfte.....	22
Öffentlichkeitsarbeit.....	24
Verstetigung und Projekte.....	26
Impressum .....	28

## DEMOGRAFISCHER WANDEL: ES KOMMT DRAUF AN, WAS MAN DRAUS MACHT!



Liebe Leserinnen und Leser,

dass sich unser Vogelsberg demografisch verändert, wir weniger aber auch älter werden, stellt uns vor vielfältige und komplexe Herausforderungen, mit denen wir uns in den nächsten Jahren, wahrscheinlich Jahrzehnten auseinandersetzen werden (müssen). Dieser Wandel bietet uns vor allem große Chancen, den Vogelsbergkreis zukunftsorientiert und weiterhin lebenswert zu gestalten.

Ich bin froh und dankbar, dass der Vogelsbergkreis 2011 als eine von 21 bundesweiten Modellregionen im Aktionsprogramm Regionale Daseinsvorsorge des Bundes ausgewählt wurde. In diesem Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) haben sich mehr als 60 Akteure aus allen Bereichen, darunter viele Ehrenamtliche, kontinuierlich eingebracht. Allen Engagierten danke ich herzlich dafür. Nur mit ihnen lebt solch ein Prozess.

In den Themen »Technische Infrastruktur und Siedlungsentwicklung«, »Senioren, Pflege und hausärztliche Versorgung« sowie »Jugend, Bildung und Fachkräfte« konnten detaillierte Analysen erstellt und konkrete sowie an Zuständigkeiten adressierte Handlungsempfehlungen erarbeitet werden. Ich möchte das Thema Jugend als Querschnittsthema im Prozess besonders herausstellen. Es ist von großer Bedeutung, Jugendliche jetzt und künftig noch viel stärker bei Planungen und Projekten einzubinden, was zugegeben nicht ganz einfach ist. Mit dem Kinder- und Jugendparlament haben wir seit über 20 Jahren eine Institution, die sich einbringt und auch einmischt.

Mit den Ergebnissen aus MORO können wir nun der Kreis- und Kommunalpolitik sicherlich Hilfestellung geben, um wichtige Weichenstellungen für die Zukunft vornehmen zu können. Aber ich werde nicht müde zu betonen: Die Gestaltung des demografischen Wandels bedarf neben unseren eigenen Anstrengungen auch weit mehr Gestaltungs- und Handlungsspielräume für Kreise und Kommunen. Begrenzte finanzielle Mittel und Steuerungsmöglichkeiten auf der regionalen Ebene, einengende Standards und rechtliche Rahmenbedingungen wirken hemmend und demotivierend. Dies trifft gerade diejenigen, die sich aktiv für die Zukunftsgestaltung unseres Vogelsberges engagieren. Und das sind nicht Wenige. Das hat der MORO-Prozess eindrucksvoll bewiesen.

Auch das ermuntert mich, die zukünftige Gestaltung unseres Vogelsberges mit vielen engagierten Menschen und innovativen Ideen weiter voranzutreiben. Die Beteiligung am Modellvorhaben war ein richtiger und wichtiger Schritt auf dem Weg in Richtung »Zukunft Vulkan Vogelsberg«.

Die MORO-Erkenntnisse werden in das Regionale Entwicklungskonzept »Vogelsberg 2020« mit eingespeist. Auch bei der Erarbeitung und Umsetzung dieser wichtigen Handlungsorientierung setzte ich auf Ihre Mitarbeit, Ihre Ideen und Ihr Herzblut.

Manfred Görig  
Landrat

### ZUKUNFT GESTALTEN

»Die Gestaltung des demografischen Wandels bedarf neben eigenen Anstrengungen auch deutlich mehr Gestaltungsfreiräume für Kreise und Kommunen«

### UNSERE STÄRKEN NUTZEN

Engagement für die Region und hohe Kooperationsbereitschaft

## MODELLVORHABEN

Mit dem Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge unterstützen das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) sowie die Bundesländer 21 Modellregionen bei der Erarbeitung einer Regionalstrategie Daseinsvorsorge im Rahmen eines Modellvorhabens der Raumordnung (MORO). Der Vogelsbergkreis konnte sich 2011 in einem zweistufigen Bewerbungsverfahren erfolgreich durchsetzen und wurde aus 156 Bewerberregionen ausgewählt.

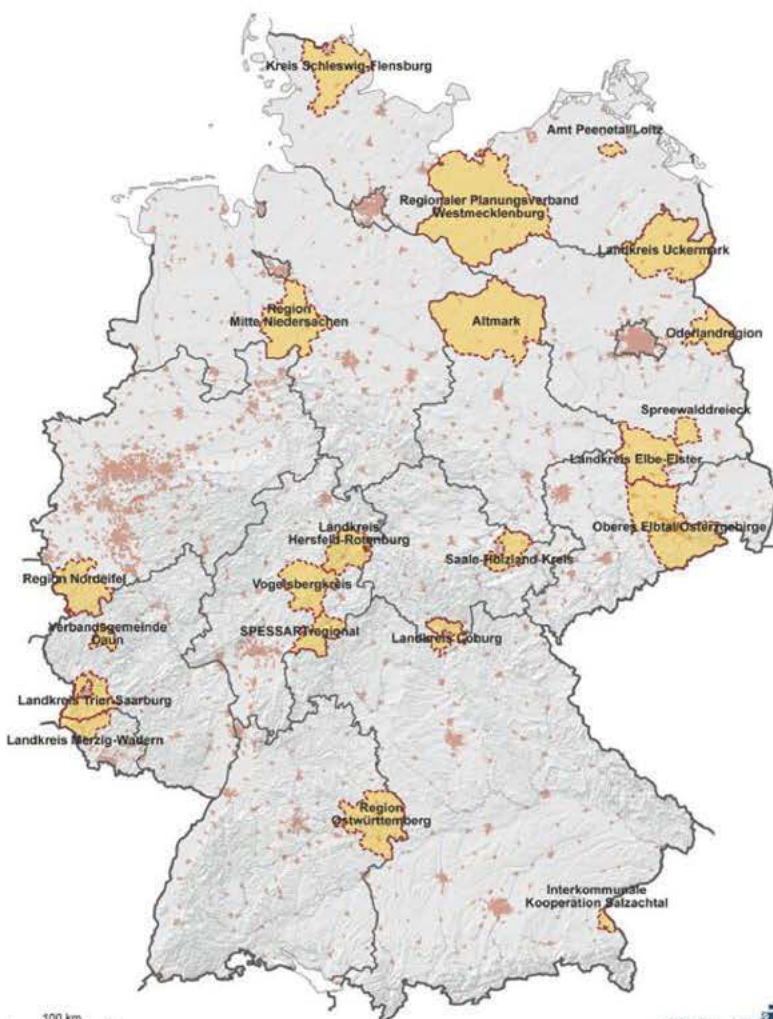
Die Auswirkungen des demografischen Wandels sind vielschichtig, tiefgreifend und betreffen nahezu alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und somit auch die regionale Entwicklung. Vor allem in dünn besiedelten, ländlichen Regionen ist die Anpassung der Infrastruktur an die sich

verändernde Bedarfssituation eine dauerhafte Zukunftsaufgabe, die ressortübergreifend bearbeitet werden muss.

Das Instrument Regionalstrategie Daseinsvorsorge als Planungs- und Diskussionsprozess setzt an diesem Punkt an, mit dem Ziel einer systematischen und fachübergreifenden Auseinandersetzung mit den Folgen des demografischen Wandels, um Anpassungsstrategien für einzelne Infrastrukturen zu entwickeln. Deren Umsetzung wird auf diese Weise politisch und organisatorisch verankert, um für erforderliche Veränderungsprozesse eine möglichst breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen. Der Begriff »Regionalstrategie Daseinsvorsorge« bezeichnet daher sowohl den Prozess, den Dialog als auch das Ergebnis in Form von strategischen Handlungsempfehlungen als politische Entscheidungsgrundlage. Die Kennzeichen der Strategie sind:

- Ein Planungshorizont, der deutlich weiter reicht als bei den meisten Fachplanungen.
- Die Berücksichtigung von Wechselwirkungen zwischen den Infrastrukturen und damit auch zwischen den Fachplanungen.
- Der Dialog und das Querschnittsdenken über Ressort- und Institutionsgrenzen hinaus.
- Freiraum für neue, experimentelle Lösungen jenseits gesetzlicher Grundlagen und Vorgaben.
- Die grundsätzliche Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Bedarfen und Standards in der Region.

Abb. 1  
Die 21 Modellregionen  
im Überblick



# ORGANISATIONSTRUKTUR

Der Erarbeitungsprozess für die Regionalstrategie Daseinsvorsorge im Vogelsbergkreis basierte auf einem ressortübergreifenden Dialogansatz mit entsprechend ausgerichteten Arbeits- und Entscheidungsstrukturen. Das Prozessmanagement oblag dem Amt für den ländlichen Raum und Daseinsvorsorge, der für Dorf- und Regionalentwicklung zuständigen Fachabteilung beim Vogelsbergkreis.

## Lenkungsgruppe

Die Lenkungsgruppe fungierte im Prozess als zentrales Steuerungs- und Entscheidungsgremium. Die Verbindungslinie zwischen Arbeits- und Entscheidungsebene bildeten die sieben Sprecher der drei Arbeitskreise. Damit war ein beständiger gegenseitiger Informationstransfer sichergestellt. Entscheidungen und Ergebnisse wurden jeweils rückgekoppelt. Das 16-köpfige Entscheidungsgremium unter Vorsitz des Landrates arbeitete somit vernetzend, auch in Richtung Kreispolitik und Kommunen.

## Arbeitskreise

Die drei thematischen Arbeitskreise »Technische Infrastruktur/Siedlungsentwicklung«, »Pflege/Senioren/ärztliche Versorgung« und »Jugend/Bildung/Fachkräfte« bildeten die Arbeitsebene, begleitet durch fundierte Fachexpertise und professionelle Moderation. Aufgrund der jeweiligen Zusammensetzung der Arbeitskreise wurden zwei bzw. drei Arbeitskreissprecher in der Kombination verwaltungsinterner Fachexperte und externer Akteur (z. B. Bürgermeister) benannt und in die Lenkungsgruppe entsandt.

Themenübergreifende Verknüpfungen zwischen den Arbeitskreisen ergaben sich punktuell. Ein inhaltlicher Austausch zwischen den Arbeitskreisen ist bei einem Vernetzungsworkshop am Ende der Erarbeitungsphase erfolgt.

## Prozessmanagement

Im Prozessmanagement konzentrierten sich alle organisatorischen und koordinierenden Aufgaben. Alle Sitzungen der Arbeitskreise und der Lenkungsgruppe wurden organisatorisch und inhaltlich vor- und nachbereitet sowie mit der externen Prozessbegleitung und den Arbeitskreissprechern abgestimmt. Die Öffentlichkeitsarbeit und das Datenmanagement wurden koordiniert.

## ARBEITSANSATZ

Ressortübergreifender Diskurs

## LENKUNGSGRUPPE

Koordination und Vernetzung

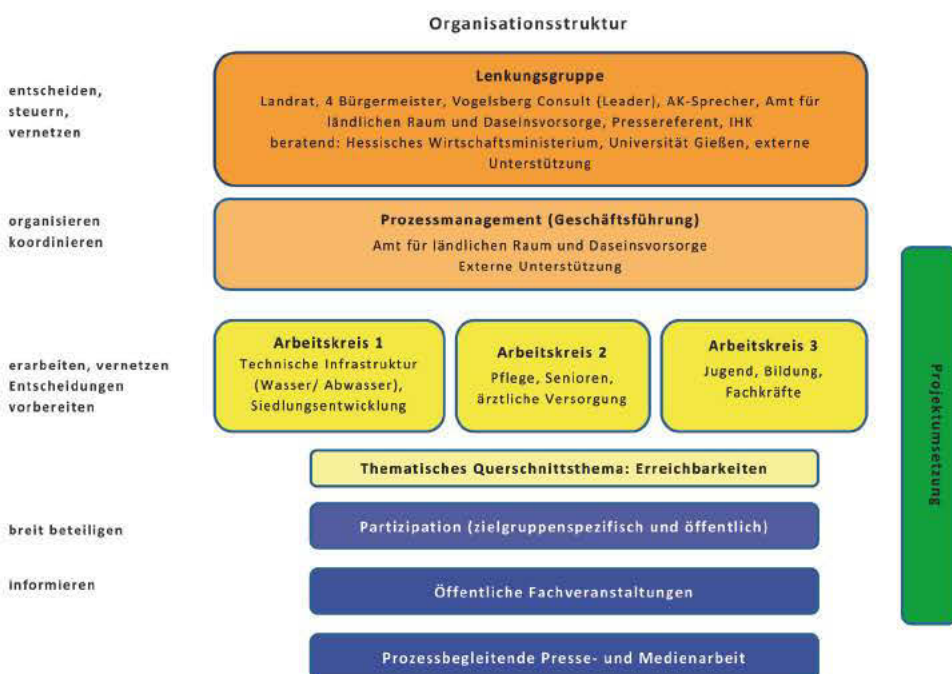


Abb. 2  
**Organisationstruktur im Modellvorhaben**  
 eigene Darstellung  
 (Vogelsbergkreis, pro loco)

## THEMEN

### ZUKUNFTSTHEMEN

- strategisch und projektbezogen bearbeiten
- neue Themen identifizieren

### QUERSCHNITTSTHEMEN

- Erreichbarkeit und Mobilität
- Kooperation

Die Auswahl der zu bearbeitenden Themen wurde in der Bewerbungsphase in einem diskursiven Verfahren und mit breiter fachöffentlicher Beteiligung getroffen. Alle Resorts mit demografischen Fragestellungen waren in den Auswahlprozess eingebunden.

Es war klar, dass nicht alle Bereiche der Daseinsvorsorge im Modellvorhaben gleichzeitig behandelt werden können. Die Bearbeitung der Regionalstrategie wurde daher gezielt auf Schwerpunkte ausgerichtet, bei denen einerseits ein hoher Anpassungs- und Handlungsbedarf besteht, andererseits eigene Gestaltungsspielräume der Akteure vor Ort existieren. Auch die Datenverfügbarkeit spielte bei der Themenauswahl eine wichtige Rolle. Bei der Auswahl wurde zwischen sozialen und technischen Infrastrukturbereichen und deren Charakteristik unterschieden. Soziale Infrastrukturen als Punkt- und Linienstruktur können sowohl quantitativ als auch siedlungsstrukturell besser an eine veränderte Nachfragesituation angepasst werden. Mögliche Handlungsansätze liegen eher in der Organisation von Strukturen. Technische Infrastruktur ist in aller Regel netzgebunden und im Erdboden verbaut, so dass eine Umstellung auf flexiblere dezentrale Strukturen erst nach dem Auslaufen von langjährigen Abschreibungszeiträumen

in Betracht kommt. Anpassungen der technischen Infrastruktur sind mit hohen Investitionen verbunden. Erreichbarkeiten und Mobilität mit ihrer Querschnittsfunktion nehmen eine Sonderrolle ein.

Im Modellvorhaben wurden zunächst folgende Themenbereiche bearbeitet.

- Technische Infrastruktur & Siedlungsentwicklung
- Senioren, Pflege & Ärztliche Versorgung
- Jugend, Bildung & Fachkräfte

Das querschnittsorientierte Thema Erreichbarkeiten und Mobilität wurde themenübergreifend bearbeitet. Gleiches galt für die strategische Betrachtung von Standards und gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie Kooperationen und kommunaler Zusammenarbeit.

Gemeinsam ist allen Themen, dass sie sich entweder in direkter Zuständigkeit von Kreis und Kommunen befinden oder dass die Akteure ein übergeordnetes Interesse haben, die Themen auf regionaler Ebene zu bearbeiten bzw. Handlungs- und Lösungsansätze zu entwickeln. Dabei soll auch »Verbotenes« diskutiert und pilothaft ausprobiert werden.

Tabelle 1 aus:  
Regionalstrategie  
Daseinsvorsorge –  
Denkanstöße für die Praxis  
(BMVBS und BBSR, 2011)

Eigenschaften von Infrastrukturen			
	Soziale Infrastrukturen	Technische Infrastrukturen	Erreichbarkeitsinfrastruktur
Ansatzpunkte einer Regionalstrategie Daseinsvorsorge	Optimierung der Angebote im Raum	Siedlungsplanung (Neubau), Rück- und Umbau (Bestand), Bilanzierung & Finanzierung	Erreichbarkeitsplanung
Methodik	Szenarien der Standortstruktur, Erreichbarkeitsmodellierungen, Kosten-Nutzen-Bewertungen	Untersuchung und Bewertung von Folgekosten und deren Abhängigkeiten	Bestimmung Erreichbarkeitsbedarf (Querbezug soziale Infrastrukturen), Grobnetzplanung
Anpassungsfähigkeit der Infrastrukturen	vergleichsweise hoch	vergleichsweise gering	hoch (ÖPNV) bis eher gering (Straßennetz)
Maßstabsebene	kommunal (Kita) bis regional (Krankenhaus)	überwiegend kommunal	regional
Öffentlicher Finanzierungsanteil	hoch	mittel (Straße) bis niedrig (Ver- und Entsorgung), Hauptkostenträger sind die Bürger = Kunden	hoch
Mögliche Formen des Ergebnisses	Standortstrukturen (»Karten«) mit Bewertungen (Kosten und Nutzen)	Zielformulierungen zur Siedlungsentwicklung, strategische Überlegungen zum Bestand	Grobstruktur der Netzgestaltung (z. B. Vorstufe einer Nahverkehrsplanung)

## AKTEURSNETZWERK

Das Grundgerüst für die Erarbeitung der Regionalstrategie Daseinsvorsorge für den Vogelsbergkreis bildeten die in den drei Arbeitskreisen engagierten Akteure aus Verwaltung und Politik des Kreises und der Kommunen, externe Fachexperten, Infrastrukturträger und Anbieter von Dienstleistungen sowie Vertreter von ehrenamtlichen Institutionen und Initiativen, die sich für die Sicherung der Daseinsvorsorge einsetzen. Insgesamt haben sich mehr als 60 Akteure an dem diskursiven und fachübergreifenden Strategieprozess beteiligt. Das eng geknüpfte sog. MORO-Netzwerk baute nicht nur auf bereits vorhandenen Beteiligungsstrukturen und Netzwerken auf, sondern konnte im Laufe des Modellvorhabens durch weitere Schlüsselakteure ergänzt werden. Wie sich ein Akteursnetzwerk im Laufe eines modellhaften Strategieprozesses entwickelt und verändert, wurde begleitend durch die Universität Gießen wissenschaftlich untersucht. Eine Akzentuierung bei der Erarbeitung der Regionalstrategie lag auf der Beteiligung von Jugendlichen, da der Vogelsbergkreis mit seinem 1992 gegründeten und bundesweit ersten Kinder- und

Jugendparlament (KJP) auf Kreisebene der Beteiligung der jungen Generation seit über zwei Jahrzehnten eine große Bedeutung beimisst. Die Einbindung der Bevölkerung in einem auf Datenanalysen und Modellrechnungen gestützten Planungsprozess ist erfahrungsgemäß nur bedingt zu erreichen. Durch eine öffentliche Beteiligung bei Veranstaltungen oder einer Meinungsumfrage zu ausgewählten Themen auf der Bürgerdialogplattform des Kreises wurden Anregungen aus der Bevölkerung in den Prozess einbracht. Wesentlicher Erfolgsfaktor war die schnelle und frühe Verfügbarkeit der kleinräumigen Bevölkerungsprognose. Dadurch wurde die Diskussion in den Arbeitskreisen in der Anfangszeit des Modellvorhabens qualitativ bereichert. Das beauftragte Fachbüro für Datenanalysen und Modellrechnungen war bei allen Arbeitskreissitzungen vertreten. Auf diese Weise konnten Anregungen, neue Fragestellungen und Aspekte immer wieder aufgegriffen und in die Betrachtung einbezogen werden.

### NETZWERK

Bestehende Strukturen nutzen und erweitern

### EHRENAMT

Engagement integrieren und nicht überfordern

Abb.3  
Zusammenkunft der drei Arbeitskreise (Vogelsbergkreis)

Abb.4  
»MORO-Netzwerk«  
eigene Darstellung  
(Vogelsbergkreis)



Zukunft Vulkan Vogelsberg

Die Ressourcen **Vernetzung** und **Partizipation** strategisch nutzen



### MORO-Netzwerk:



### Externe Unterstützung:



## BEVÖLKERUNGSPROGNOSE

### Kleinräumige

#### Bevölkerungsvorausschätzung

Der Vogelsbergkreis gehört zu den Regionen in Hessen, die am stärksten vom demografischen Wandel betroffen sind. Die Prognose der Hessen Agentur, auf die sich im Modellvorhaben bezogen wurde, sieht für den Vogelsbergkreis ausgehend vom Bezugsjahr 2010 bis 2030 einen Bevölkerungsrückgang von 17 % vor. Hatte der Vogelsbergkreis Ende 2010 noch 109.500 Einwohner, so prognostiziert die Hessen Agentur für Ende 2030 eine Einwohnerzahl von rund 90.200 Einwohnern. Der Rückgang der Gesamtbevölkerung vollzieht sich nahezu linear. Im Mittel verliert der Kreis bis 2030 etwa 950 bis 1.000 Einwohner pro Jahr.

Die natürliche Bevölkerungsveränderung als Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen im Zusammenspiel mit der Wanderung über die Kreisgrenzen hinaus ist ausschlaggebend für die demografische Entwicklung. Von Abwanderung sind im betrachteten Zeitraum 2003 bis 2010 nahezu alle Altersgruppen betroffen. Eher typisch für den ländlichen Raum sind die auch im Vogelsbergkreis hohen Abwanderungssalden in der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen. Diese sind vor allem mit dem Weggang der Schulabgänger in die Hochschul- und Ausbildungszentren verknüpft. Auffallend ist vielmehr, dass auch in der Altersgruppe der Familiengründer (25-45 Jahre) der Vogelsbergkreis keine positiven Wanderungssalden aufweist.

### DEMOGRAFISCHER WANDEL IM VOGELSBERG

Zusammenspiel aus Geburtenrückgang und negativem Wanderungssaldo

### MERKMALE DER WANDERUNG

- Abwanderung ist selektiv: jung, gut ausgebildet und meist weiblich
- geringer Zuzug in der Gruppe der Best-Ager (über 50 Jahre)

Abb. 5 und Abb. 6  
(GGR Hamburg)

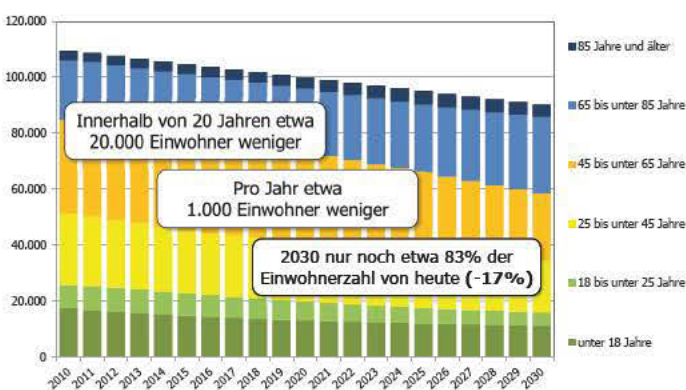
Kleinräumig, auf Ebene der Städte und Gemeinden, zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede. Die Einwohnerrückgänge variieren im Betrachtungszeitraum der Prognose zwischen 12 % und 34 %. Setzt man die anteiligen Bevölkerungsrückgänge in Relation zur Gemeindegröße, so zeigt sich, dass sich die überdurchschnittlichen Rückgänge auf die kleinen Kommunen konzentrieren. Im Ergebnis heißt das: die größeren schrumpfen langsamer als die kleinen. Veranschaulicht man darüber hinaus die prognostizierte Einwohnerentwicklung in einer Karte, so zeigt sich ein weiteres Muster. Wie die Abbildung (unten rechts) verdeutlicht, reihen sich die Kommunen mit den geringsten Bevölkerungsrückgängen auf einer Achse von Schlitz über die Kreisstadt Lauterbach und deren Nachbargemeinden Wartenberg und Herbstein bis nach Schotten im Südwesten des Kreises. Interessanterweise folgt diese Achse weder dem Verlauf der Autobahn 5 noch der Linie der Vogelsbergbahn.

### Altersstrukturentwicklung

Im Gegensatz zum Rückgang der Gesamtbevölkerung vollzieht sich die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Altersgruppen nicht linear. Dabei zeigen sich in den Altersgruppen über 65 Jahre deutliche Zunahmen im Betrachtungszeitraum, während in den Altersgruppen unter 65 Jahre überdurchschnittliche Rückgänge zu verzeichnen sind. Insgesamt resultiert daraus eine spürbare

Regionalstrategie Daseinsvorsorge – Vogelsbergkreis

### Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung im Vogelsbergkreis



Quelle: HessenAgentur, eigene Berechnung

GERITZ GUTSCHE BÜROAPP  
PLANUNGSGESellschaft und Real Estate  
Family-Business-Vererbung-IMP

### Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030: Gesamtbevölkerung





Alterung der Bevölkerung im Vogelsbergkreis. Den stärksten Rückgang zeigt die Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren. In dieser Altersgruppe wird der Vogelsbergkreis innerhalb von 20 Jahren etwa ein Drittel seiner Einwohner verlieren. Die deutlichste Zunahme findet sich in der Altersgruppe der 65- bis unter 80-Jährigen.

Deutliche Schwankungen werden bei der Altersgruppe der über 80-Jährigen erwartet. Während hier zunächst ein starker Anstieg um etwa 20 % innerhalb von zehn Jahren erwartet wird, nimmt die Zahl der über 80-Jährigen aufgrund der Altersstruktur der nachwachsenden Jahrgänge anschließend wieder ab. Zum Ende des Prognosezeitraumes steigt der Anteil der Menschen über 80 Jahre im Vogelsbergkreis wieder an.

**Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre**

Diese Altergruppe verzeichnet bis 2030 mit 36 % die größte Abnahme. Die räumliche Betrachtung zeigt, dass sich der massive Rückgang flächendeckend im Vogelsbergkreis vollzieht, Unterschiede zwischen den einzelnen Kommunen sind jedoch erkennbar. Die Spannbreite des Rückgangs reicht von 30 % bis annähernd 50 %.

**Bevölkerung im Erwerbsalter**

(18 bis unter 65 Jahre)

Auch für die große Altersgruppe der 18- bis unter 65-Jährigen, die auch oft als die Altersgruppe der »Menschen im erwerbsfähigen Alter« bezeichnet wird, weist die Prognose der Hessen Agentur merkliche Rückgänge in allen Gemeinden des Vogelsbergkreises aus. Im Vergleich zu der Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren fallen die Unterschiede zwischen den Kommunen noch deutlicher aus. Während sich in einigen Kommunen der Rückgang auf etwa 20 % beschränkt, werden andere im gleichen Zeitraum eine Halbierung ihrer Einwohnerzahl in dieser Altersgruppe erfahren.

**Senioren (65 Jahre und älter)**

Die Entwicklungstrends der demografischen Veränderung, die bundesweit zu beobachten sind, zeigen, dass den deutlichen Rückgängen in den »jüngeren Jahrgängen« eine nicht minder beeindruckende Zunahme der Älteren gegenübersteht. Diese Entwicklung lässt sich auch in allen Gemeinden des Vogelsbergkreises beobachten. Dabei zeigen sich zwischen den Kommunen deutliche Schwankungen. So stehen Gemeinden mit einem moderaten Zuwachs der Senioren um etwa 10 % bis 2030 Gemeinden gegenüber, bei denen die Zahl der Einwohner ab 65 Jahre im gleichen Zeitraum auf das Anderthalbfache des Ausgangsniveaus von 2010 anwächst.

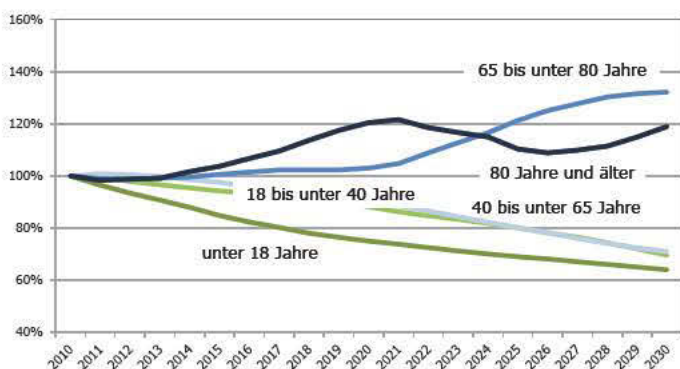
**MERKMALE DER ALTERUNG**

Ausschlaggebend:

- niedriges Geburtenniveau und steigende Lebenserwartung
- weniger Jugendliche und Menschen im erwerbsfähigen Alter
- mehr Senioren und hochbetagte Menschen

Abb. 7 und Abb. 8 (GGR Hamburg)

**Indizierte Darstellung (Einwohnerzahl 2010 = 100%)**



Quelle: eigene Berechnungen auf Basis einer Prognose der HessenAgentur (2012)

**Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030: 80 Jahre und älter**



Quelle: eigene Berechnungen auf Basis einer Prognose der HessenAgentur (2012)

## TECHNISCHE INFRASTRUKTUR

### HERAUSFORDERUNG

- unterschiedliche Entsorgungsstruktur im Vogelsberg
- weniger Menschen müssen immer mehr Infrastruktur finanzieren
- 9- bis 15-Kanalmeter pro Einwohner

Abb. 9 und Abb. 10  
(GGR Hamburg)

### Ausgangssituation

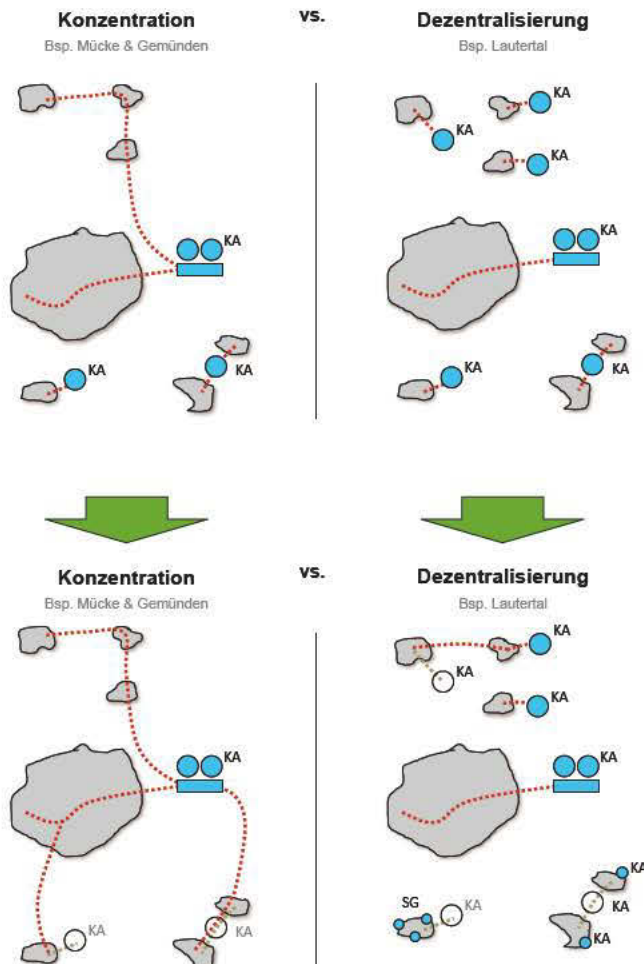
Die technischen Infrastrukturen, insbesondere die Bereiche Wasser und Abwasser, stehen bedingt durch den demografischen Wandel und zunehmende Vorgaben von EU, Bund und Land vor neuen Herausforderungen. Die Infrastrukturen müssen von einer immer geringeren Anzahl an Einwohnern finanziert werden – so dass weitere Kostensteigerungen erwartet werden. Zusätzlich sind die Handlungsmöglichkeiten bzw. die Zeitpunkte zum Handeln durch lange Abschreibungszeiten eingeschränkt.

Der Bereich Wassergewinnung ist im Vogelsbergkreis darüber hinaus von besonderer Relevanz auch für die Region Rhein-Main, weil der Vogelsberg ein Wassergewinnungsgebiet mit entsprechend umfangreichen Schutzgebieten ist, wofür jedoch kein finanzieller Ausgleich erfolgt.

### Zentrale Ergebnisse

Vor dem Hintergrund der skizzierten Herausforderungen stellt sich für die Kommunen im Vogelsbergkreis die Frage, welche Strategie sie zukünftig in der Ausgestaltung ihrer Abwassersysteme verfolgen sollten. Sollten Sie sich eher in Richtung einer dezentralen Struktur mit vielen kleinen Anlagen orientieren oder sich alternativ an größere Anlagen mit freien Kapazitäten anschließen? Diese strategische Entscheidung ist vor allem für die kleineren Gemeinden im Vogelsbergkreis von Bedeutung. Im Modellvorhaben wurden zwei mögliche Anpassungsszenarien am Beispiel von zwei ländlich strukturierten Gebieten genauer untersucht:

- Konzentrationsszenario, d. h. Anschluss von kleineren Anlagen an eine zentrale Kläranlage, am Bsp. der Gemeinden Mücke u. Gemünden/Felda.
- Dezentralisierungsszenario, d. h. Schaffung von dezentralen Kleinkläranlagen bzw. Entsorgungsmodellen am Beispiel der Gemeinde Lautertal.



Ausgangspunkt des Konzentrationsszenarios ist der absehbare Modernisierungsbedarf in der bestehenden Kläranlage im Ortsteil Nieder-Gemünden der Gemeinde Gemünden/Felda. Vor diesem Hintergrund wurde die Aufgabe der bestehenden Kläranlage zugunsten eines Anschlusses des Ortsteils an die Kläranlage in Mücke-Nieder-Ohmen über einen neu zu bauenden Sammelkanal untersucht. Die Kostenabschätzung zeigt, dass bei dieser Variante deutliche wirtschaftliche Vorteile erreicht werden könnten.

Einen genau umgekehrten Weg beschreitet das Dezentralisierungsszenario am Beispiel der Gemeinde Lautertal. In der entsprechenden Studie der Technischen Hochschule Mittelhessen sollen technisch mögliche Maßnahmen dargestellt und bewertet sowie mit Fragen der Siedlungsentwicklung verknüpft werden. Unter Beteiligung des Hessischen Umweltministeriums wird darauf aufbauend ein Leitfaden für alle Kommunen in Hessen zur künftigen Ausgestaltung der technischen Infrastruktur unter dem Aspekt der rückläufigen Bevölkerungszahlen in ländlichen Räumen erarbeitet.

**Handlungsempfehlungen**

*Kreis und Kommunen*

**Problembewusstsein bei Politik und Bevölkerung aufbauen bzw. schärfen**

- Kooperationsansatz: Prüfung aller Standorte mit Investitionsbedarf auf ein mögliches Konzentrationsmodell mit Nachbarkommunen; dabei Berücksichtigung, wann sinnvolle Handlungszeitfenster entstehen (Abschreibungszeiträume, anstehende Erneuerungszyklen, ...)
- Kooperationsansatz: Kommunen mit größeren Anlagen und entsprechendem Personalbestand können ihre Kompetenzen und Dienstleistungen Nachbarkommunen anbieten, z. B. Überwachung und Unterhaltung von Kläranlagen sowie informeller Austausch und Wissenstransfer der Akteure
- Kleinteilige Lösungen wie z. B. das Abkoppeln von Ortsteilen mit geringem Abwasseranfall und Aufbau von gemeindlich verwalteten Kleinkläranlagen. Vorausgesetzt, es zeigt sich am Beispiel Lautertal, dass dezentrale Lösungen den erhofften Einsparungseffekt bringen.
- Überprüfung der Kläranlagenstandorte auf Potentiale der Energieerzeugung (Energie-Check)

*Gesetzgebung (EU, Bund und Land)*

**Änderungen von Standards bzw. Schwellenwerten**

Die Novellierung der gesetzlichen Vorgaben bezüglich Standards der Abwasserreinigung (z. B. Anforderung an das Messprogramm, Stickstoff- und Phosphatelimination) und der Abwasserinfrastruktur (»rollender« Kanal, Containerkläranlage, usw.) sowie von Schwellenwerten sind unter Berücksichtigung des Grundwasserschutzes zu diskutieren.

**Änderung der Düngemittelverordnung**

Die neue Düngemittelverordnung bedeutet für weite Teile der Region Vogelsberg, dass ab 2015 kein Klärschlamm mehr ausgebracht werden darf, da die geogenen Ausgangsbedingungen bereits zu hoch sind (hoher natürlicher Nickel- und Kupfergehalt). Folglich werden deutliche Kostensteigerungen erwartet.

**Novellierung der Eigenkontrollverordnung**

Die Eigenkontrollverordnung muss unter Berücksichtigung der Belange ländlicher Räume novelliert werden, ggf. sind Öffnungsklauseln vorzusehen. Die Überprüfung privater Hausanschlüsse ist in Hessen befristet ausgesetzt. Es ist zu prüfen, ob ein Verzicht auf der Grundlage von Kosten-Nutzen-Relationen möglich ist.

**Neutrale Erstberatung für Kommunen**

Einrichtung einer unabhängigen, mit Fachleuten besetzten Servicestelle auf Landesebene, um eine neutrale Erstberatung für Kommunen für alternative Lösungen bei der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur zu ermöglichen.

**Flexiblere Ausgestaltung der Honorar- und Vergabeordnung**

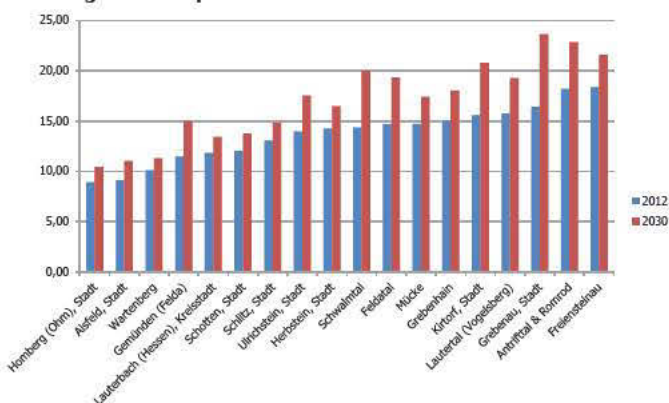
Entwicklung eines Prämiensystems für regional sinnvolle, alternative Lösungen bei der Abwasserentsorgung (Abkehr vom Blick auf die reine Bauinvestition).

**LÖSUNGSANSATZ**

- individuelle Betrachtung im Hinblick auf Konzentration oder Dezentralisierung
- interkommunale Kooperation
- energieeffiziente Anlagen

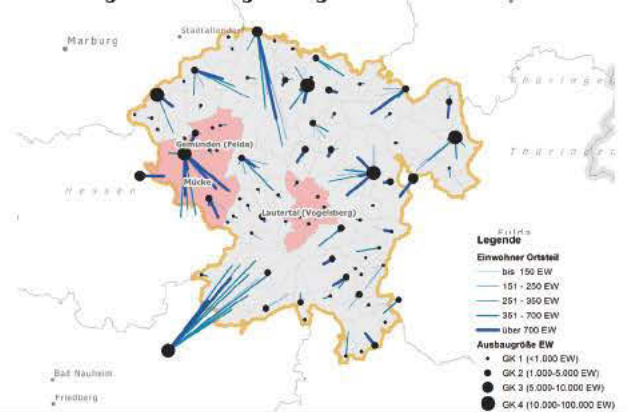
Abb. 11 und Abb. 12 (GGR Hamburg)

**Kanallänge in Meter pro Einwohner**



Quelle: Vogelsbergkreis, SG Wasser- und Bodenschutz, eigene Auswertungen

**Entwässerungsstruktur Vogelsbergkreis**



# SIEDLUNGSENTWICKLUNG

## Ausgangssituation

Für eine Vielzahl von Infrastrukturbereichen und zur Stärkung der Attraktivität der Siedlungen müssen Handlungsstrategien entwickelt werden, um auf die demografisch bedingten Herausforderungen zu reagieren. Dabei zeigt sich nicht selten, dass es innerhalb einer Gemeinde deutliche Unterschiede zwischen den Ortsteilen gibt.

Auf unterschiedliche Ausgangssituationen und Herausforderungen sollte mit entsprechend unterschiedlichen Strategien reagiert werden. Dabei erscheint es wenig zielführend, für jeden einzelnen der 186 Ortsteile im Vogelsbergkreis einen eigenen Strategieprozess zu entwickeln. Vielmehr erscheint es sinnvoll, Ortsteile mit ähnlichen Ausgangsbedingungen und Herausforderungen zusammenzufassen. Dieser Ansatz bildete die Grundlage für die im Rahmen des Modellvorhabens durchgeführte »Ortsteiltypisierung«, die für eine kleinräumig differenzierte Strategieentwicklung herangezogen werden kann. Die Typisierung der Ortsteile knüpft an die 2011 im Vogelsbergkreis durchgeführte Studie zur »Zukunft der Dörfer« an und stellt deren Weiterentwicklung hinsichtlich der Bewertung der Ausstattungs- und Lagegunst der Ortsteile dar.

## Zentrale Ergebnisse

Ausgangsthese der Ortsteiltypisierung ist, dass die bisherige Entwicklung der Ortsteile sowie die strukturellen Möglichkeiten, auf die Herausforderungen des demografischen Wandels zu reagieren vor allem von zwei Faktoren abhängig sind:

- der Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen der Daseinsvorsorge
- der Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen

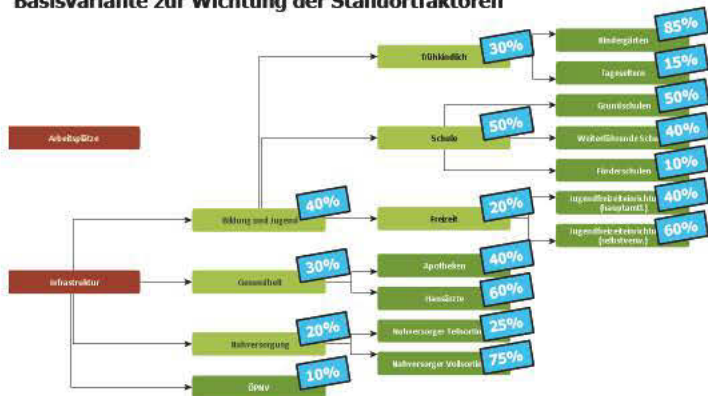
Die Ortsteiltypisierung berücksichtigt eine Bandbreite an Infrastrukturen, die im Prozess diskutiert, festgelegt und gewichtet wurden. Auch wurden verschiedene Gewichtungsszenarien zwischen der Bedeutung der Arbeitsplatzerreichbarkeit und der Erreichbarkeit von Infrastrukturen diskutiert. Im Ergebnis einigten sich die Akteure im Arbeitskreis auf eine stärkere Wichtung (70 %) der Erreichbarkeit von Infrastrukturen gegenüber einer geringeren Wichtung (30 %) der Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen. Fünf Ortsteiltypen können unterschieden werden. Typ A besitzt die günstigste Infrastruktur- und Arbeitsplatzerreichbarkeit, während Typ E eine ungünstige Lage und Ausstattungssituation aufweist. Die Nähe zur A5, die durch Alsfeld, Romrod, Homberg/Ohm und Mücke verläuft, beeinflusst die Bewertung der Arbeitsplatzerreichbarkeit und führt zu deutlich höheren Werten. Betrachtet man ausschließlich die Erreichbarkeit der in das Modell einbezogenen Infrastrukturen, werden die zentralen Siedlungsbereiche in ihrer Funktion als bedeutende Versorgungszentren der Kommunen bestätigt. Unterdurchschnittliche Werte der Erreichbarkeit weisen Orte an den Kreisgrenzen sowie vereinzelt Ortsteile in Kirtorf, Schlitz, Lautertal, Ulrichstein und Schotten auf.

### HERAUSFORDERUNG

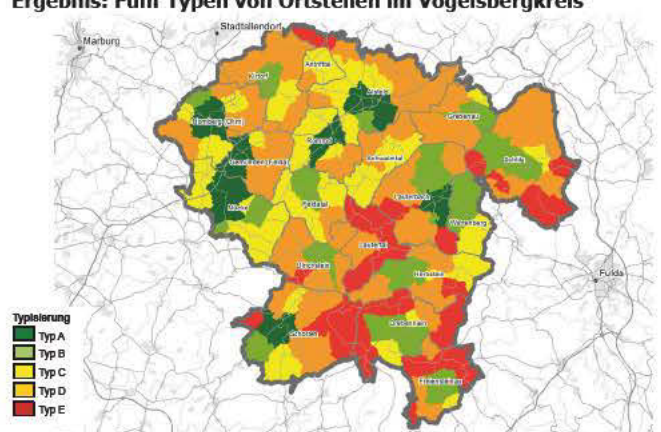
- disperse Siedlungsstruktur
- 186 Stadt- und Ortsteile
- Erreichbarkeit der Kernorte

Abb. 13 und Abb. 14  
(GGR Hamburg)

### Basisvariante zur Wichtung der Standortfaktoren



### Ergebnis: Fünf Typen von Ortsteilen im Vogelsbergkreis



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der vorgenannten Quellen

**Handlungsempfehlungen**

Aus den Ergebnissen der Ortsteiltypisierung wurden folgende Empfehlungen gerichtet an die Akteure der Region abgeleitet:

- Orte der Typen A und B sollen weiterhin gestärkt werden, die Entwicklungsmöglichkeiten im Sinne der Innenentwicklung sind planerisch abzusichern. Die Erreichbarkeit ist gleichzeitig zu verbessern.
- Die vorhandenen Infrastrukturen in Orten des Typs C sollen möglichst erhalten bleiben. Wo dies nicht möglich ist, sollen Alternativen entwickelt und umgesetzt werden. Gleichzeitig soll die Erreichbarkeit zu den nächstgelegenen Infrastrukturen verbessert werden.
- Die Orte der Typen D und E, die in der Vergangenheit bereits vergleichsweise weit von den Arbeitsplatzzentren der Region entfernt waren und die über kaum nennenswerte Infrastrukturausstattungen verfügen, werden auch in Zukunft voraussichtlich keine zusätzlichen Infrastrukturen erhalten. Zentrale Aufgabe für die Orte des Typs D und E ist es daher, neue Modelle und Ansätze mit bürgerschaftlich getragendem Engagement zu entwickeln und umzusetzen.
- In der Konsequenz bedeutet dies, dass künftig noch stärker als bisher hinsichtlich einer Bildung von teilräumlichen Kooperationen und interkommunaler Umsetzung im Bereich der Daseinsvorsorge agiert werden muss.
- Zur Erhöhung der Erreichbarkeit müssen neue Modelle mit intelligenter Verknüpfung verschiedener Mobilitätsformen (multimodale Mobilität) entwickelt und umgesetzt werden. Denkbar wären u. a. regionale Mitfahrgelegenheiten, Bürgerbusse, Elektromobilität als CarSharing- und Hol- und Bringdienst-Modell.

*Gesetzgebung (EU, Bund und Land)*

**• Änderungen im Baugesetzbuch**

Über die bauliche Sicherung von Gebäuden sollte eine Ergänzung im BauGB aufgenommen werden, die eine Verwahrlosung als Handlungsoption benennt, d. h. es sollten Eingriffsmöglichkeiten für die Kommunen geschaffen werden. Dies kann z. B. die kostenfreie Übertragung an die Kommune (nach Ablauf einer bestimmten Frist) oder die finanzielle Beteiligung der Eigentümer sein.

**• Vereinfachung und Verhältnismäßigkeit im Denkmalschutz**

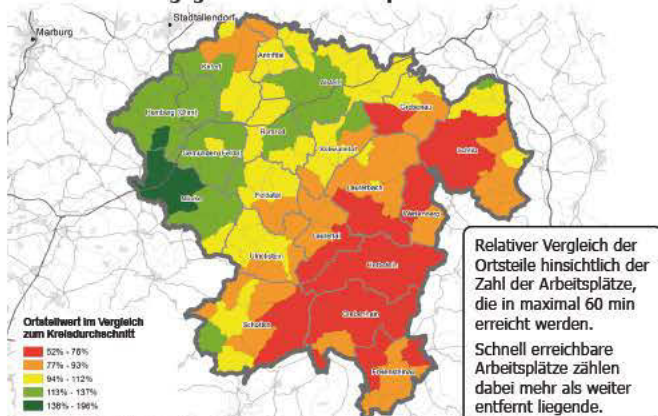
Die Denkmalschutzbestimmungen erweisen sich nicht generell, aber von Fall zu Fall als Hemmnisse, wenn vorhandene Bausubstanz nachgenutzt werden soll. Bei denkmalgeschützten Gebäuden sollte eine höhere Investitionsförderung als zusätzliches Anreizinstrument geschaffen und die Bestimmungen vereinfacht und gelockert werden.

**LÖSUNGSANSATZ**

- starke Orte stärken und deren Erreichbarkeit verbessern
- neue Mobilitätsmodelle entwickeln und erproben
- Dorfgemeinschaft als bedeutender Identitätsfaktor

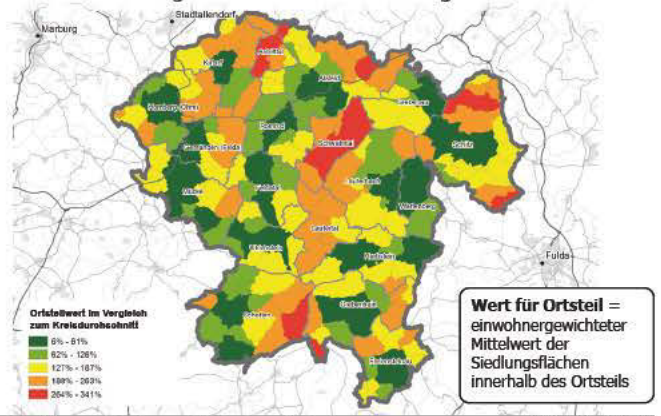
Abb. 15 und Abb. 16  
(GGR Hamburg)

**Ortsteile: Entfernungsgewichtete Arbeitsplatzerreichbarkeit**



Eigene Darstellung und Berechnung auf Basis von Daten der BA

**Ortsteile: Entfernung zum nächsten Nahversorger mit Vollsortiment**



Eigene Darstellung und Berechnung auf Basis eigener Recherche sowie Ergänzungen der Arbeitsgruppenmitglieder sowie der Bürgermeister/innen der Gemeinden

## PFLEGE UND SENIOREN

### HERAUSFORDERUNG

- Anstieg des Pflegebedarfs
- rückläufig: häusliches Pflegepotential
- Zunahme der Demenzerkrankungen
- Fachkräftemangel in der Pflege

### Ausgangssituation

Die Bevölkerungsentwicklung und -prognose zeigen, dass eine deutliche Zunahme älterer Personen für den Vogelsbergkreis erwartet wird. Die Altersgruppe der 65- bis 80-Jährigen wird um ca. 30 % im Zeitraum von 2011 bis 2030 und die der über 80-Jährigen um ca. 20 % zunehmen. Die zentralen Herausforderungen aus Sicht von Pflege und Senioren lauteten: Wie wird sich die Zunahme älterer Bewohner/innen auf den Versorgungsbedarf auswirken? Welche Formen von Pflege werden künftig nachgefragt? Weitere Themen, die unmittelbar aus der Zunahme des Anteils älterer Personen entstehen, sind beispielsweise eine stärkere Nachfrage nach ärztlichen Leistungen (s. Kapitel zur ärztlichen Versorgung) oder ein voraussichtlich höheres Potential von Personen, die ehrenamtlich aktiv sind.

Bei der thematischen Bearbeitung wurde auf Daten des Kreises für die Hilfe zur Pflege zurückgegriffen. Detaillierte Angaben über die Anzahl an Personen, die durch professionelle Pflegedienste, Familienangehörige oder andere » helfende Hände« Unterstützung erhalten, lagen nicht vor.

Abb. 17  
(GGR Hamburg)

### Zentrale Ergebnisse

Wird unterstellt, dass die altersbedingte Pflegebedürftigkeit in Zukunft gleich bleibt, so wird allein durch die Zunahme älterer Personen ein Anstieg um 14 % oder ca. 650 Personen bis zum Jahr 2030 auf dann 5.250 pflegebedürftige Personen erwartet. Die vorhandenen Einrichtungen und Kapazitäten inklusive der bereits heute bekannten Erweiterungen zeigen, dass diese Nachfrage auch in Zukunft durch die heutigen Einrichtungen vor allem für die Personen in Pflegestufe 3 gedeckt werden kann. Unklar ist, ob künftig ein Zuzug älterer und pflegebedürftiger Menschen in den Vogelsbergkreis durch den Ausbau weiterer Einrichtungen erfolgen wird; deshalb sollen insbesondere die Wandungsbewegungen älterer Personen über ein Monitoring geprüft werden.

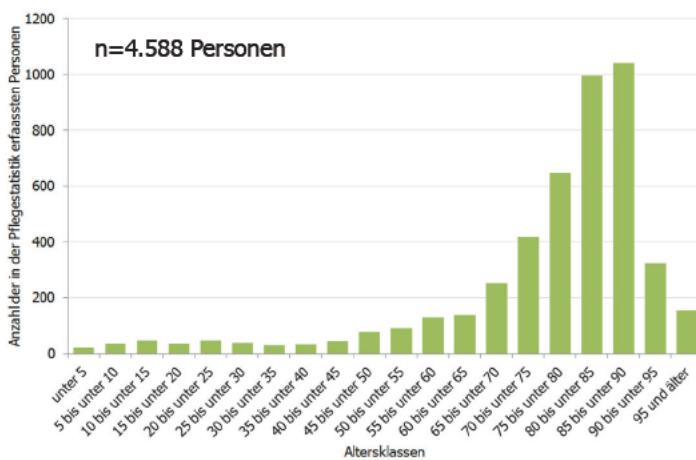
Defizite sind bereits heute vor allem im Bereich der Kurzzeit- und Tagespflege sowie bei der Betreuung von Demenz-Patient/innen vorhanden; diese werden sich in Zukunft noch verstärken.

Weiterhin wurde betrachtet, welche Auswirkungen verbesserte Arbeitsmarktbedingungen und damit eine höhere Erwerbsquote insbesondere für Frauen in Zukunft haben werden. Da vor allem Frauen die häusliche Pflege von Angehörigen übernehmen, könnte sich die Nachfrage nach Pflegeeinrichtungen (ambulant oder stationär) um weitere ca. 600 Personen erhöhen.

Hinzu kommt, dass der Bedarf an Pflegefachkräften heute schon in Teilen nicht mehr gedeckt werden kann und der Vogelsbergkreis im Vergleich zu anderen Regionen ein vergleichsweise niedriges Lohnniveau hat – was die Attraktivität schmälert. Die vorhandene Altenpflegeschule im Kreis kann nach Meinung der Arbeitskreisteilnehmer jedoch nur einen Teil des künftigen Bedarfs an Pflegefachkräften decken. Deshalb sind neben den bereits vorhandenen Angeboten neue und vor allem dezentrale zu entwickeln und auszubauen (siehe unten).

Regionalstrategie Daseinsvorsorge – Vogelsbergkreis

### Anzahl der in der Pflegestatistik erfassten Personen (gesamt)



Datenquelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Stand: 12/2009)

GERTZ-GUTSCHE RÜMENAPP  
Statistikberatung und -schulung  
Planung · Beratung · Forschung · GGR

An verschiedenen Beispielen wurde deutlich, dass auch kleinere und dezentrale Einrichtungen wirtschaftlich tragfähig betrieben werden können, dies hängt jedoch wesentlich vom Anteil der Personen mit Pflegestufe 3 ab.

Weitere alternative, kleinteilige, wohnortnahe und gemeinschaftliche Formen des Lebens im Alter,

mit ggf. verschiedenen unterstützenden Leistungen, gibt es bisher nicht. Für die Zukunft wird bei der Entwicklung, Initiierung, Umsetzung und ggf. Förderung kleinteiliger und selbstorganisierter Lebens- und Wohnform (Alten-WG) für ältere Menschen im Kreis der größte Bedarf gesehen.

**Handlungsempfehlungen**

Aus den Ergebnissen im Themenfeld Pflege und Senioren wurden folgende Handlungsempfehlungen abgeleitet:

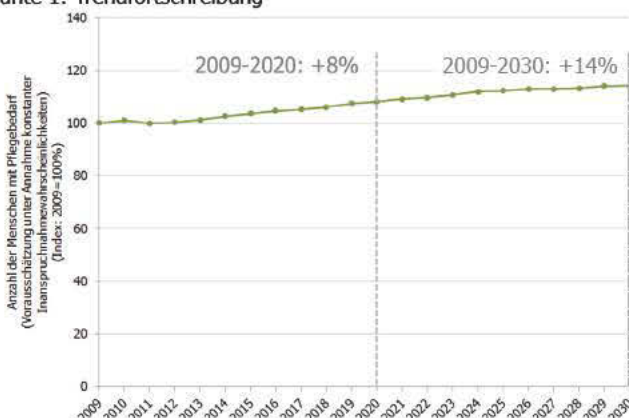
- Entwicklung einer Gesamtstrategie im Bereich Altenhilfe und Senioren als gemeinsame Aufgabe von Kreis und Kommunen sowie öffentlicher und privater Akteure mit Fokus auf Aspekten wie Vorsorge, bürgerschaftliches Engagement und Kombination von Ehrenamt und professionellen Angeboten.
- Aufbau innovativer Kommunikationsangebote (Beratung und Hilfestellung bei Formalitäten und rechtlichen Fragestellungen) und Ansätze emotionaler Aktivierung für neue Wohnformen.
- Bekanntmachung erfolgreich umgesetzter Initiativen und Projekten.
- Initiierung lokaler Prozesse, um bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt zu stärken und zu überprüfen, ob und welche dezentralen Einrichtungen und Angebote aus Altenhilfe und Tagespflege umgesetzt werden können.
- Ausbau und Schaffung flexibler, niedrigschwelliger, tagesstrukturierender Angebote (Seniorenachmittag, gemeinschaftlicher Mittagstisch etc.).
- Initiierung und Unterstützung von Pflegewohngruppen bzw. Initiativen, die ein selbst bestimmtes Leben zu Hause ermöglichen.
- Stärkung der Unterstützungsstrukturen für pflegende Angehörige (Qualifizierung, Bildung von Unterstützungsnetzwerken und Aufbau von Entlastungsstrukturen).
- Vorhandene Angebote und Strukturen im Bereich altersbedingter Hilfsbedürftigkeit vernetzen (für Demenz, Depressionen etc.).

**LÖSUNGSANSATZ**

- Kombination von Ehrenamt und professioneller Pflege
- Unterstützung für pflegende Angehörige
- emotionale Aktivierung für neue Wohnformen im Alter
- gesellschaftliche Teilhabe als Gesamtstrategie

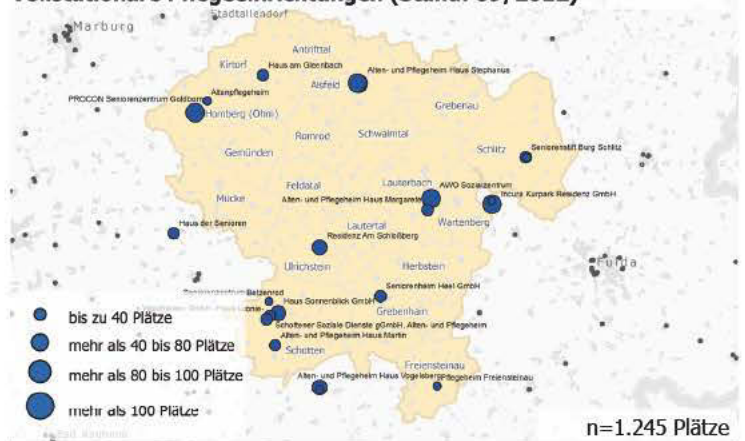
Abb. 18 und Abb. 19 (GGR Hamburg)

**Anzahl der Menschen mit Pflegebedarf (Vorausschätzung\*)**  
Variante 1: Trendfortschreibung



Datenquelle: Eigene Vorausschätzung auf Basis von Daten des Hessischen Statistischen Landesamtes  
\* Unter Annahme konstanter Inanspruchnahmewahrscheinlichkeiten

**Vollstationäre Pflegeeinrichtungen (Stand: 09/2012)**



Datenquelle: Datenbereitstellung des Vogelsbergkreises

n=1.245 Plätze

## ÄRZTLICHE VERSORGUNG

### HERAUSFORDERUNG

- Altersstruktur der Ärzte
- Wandel im Berufsbild des Allgemeinmediziners
- Vereinbarkeit von Familie und Arztberuf

### Ausgangssituation

Die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum wird immer schwieriger. Eine große Zahl von Hausarztpraxen bleibt ohne Nachfolger, wenn die dort tätigen Ärzte in den Ruhestand gehen. Im Einzelfall ist dies nur ein räumlich begrenztes Problem, vor allem für die Patienten. In ländlichen Räumen nimmt diese Problematik jedoch aufgrund der Altersstruktur der Hausärzte einen flächendeckenden Charakter an. Dabei ist der demografisch bedingte Bevölkerungsrückgang nur ein Teil des Problems. Aufgrund der Alterung der Gesellschaft geht die Nachfrage nach ärztlichen Leistungen jedoch nicht parallel zum Bevölkerungsrückgang zurück. Im Gegenteil: Ein Mehrbedarf ist zu erwarten. Ein weiterer Aspekt ist der Wandel eines über Jahrzehnte stabilen Berufsbildes. Die traditionelle Landarztpraxis, wie man sie über lange Zeit kannte, wird es in Zukunft immer weniger geben. Für junge Medizinabsolventen ist die Arbeit auf dem Land zunehmend unattraktiv. Ländliche Regionen müssen sich auf das veränderte Berufsbild der Ärzte einstellen und entsprechende Voraussetzungen für neue Praxis- und Arbeitszeitmodelle sowie Vereinbarkeit von Familie und Arztberuf schaffen.

### Zentrale Ergebnisse

Im Rahmen des Modellvorhabens wurden folgende Aspekte zur hausärztlichen Versorgung näher betrachtet:

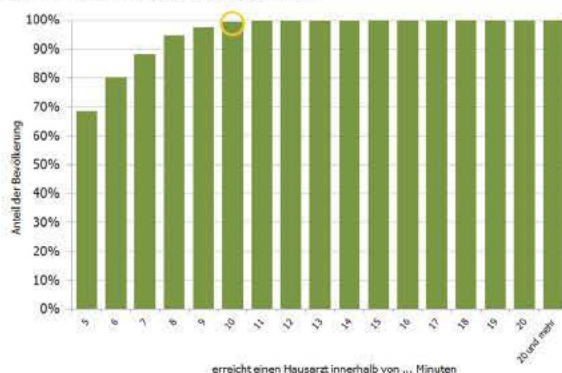
- derzeitige Standortstruktur und deren Erreichbarkeit
- Altersstruktur der heute praktizierenden Hausärzte und deren Nachfolgebedarf
- künftige Entwicklung des hausärztlichen Versorgungsbedarfes
- Identifikation von Hausarztstandorten mit besonderer Bedeutung für die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung

Nach den Modellrechnungen zur PKW-Erreichbarkeit des fahrzeitoptimalen Hausarztes erreichen fast alle Menschen einen Hausarzt innerhalb von 10 Minuten mit dem PKW. Dabei gibt es nur kleinere regionale Unterschiede, so dass an der Kreisgrenze im Norden sowie in der Gemeinde Lautertal, in der derzeit kein Hausarzt angesiedelt ist, längere Fahrzeiten mit dem PKW in Kauf genommen werden müssen. Die Verfügbarkeit eines Autos nimmt mit zunehmendem Alter ab. Sofern nicht auf Mitfahrgelegenheiten bei Familie und Freunden zurückgegriffen werden kann, ist der öffentliche Personennahverkehr oftmals die einzige Möglichkeit. Aus diesem Grund wurde auch die ÖPNV-Erreichbarkeit näher betrachtet. Um einen Hausarzttermin pünktlich um 10 Uhr wahrnehmen zu können, benötigen ca. 30 % der Bevölkerung im Vogelsbergkreis Wegzeiten von zwischen 30 Minuten bis zu einer Stunde. Für ein Sechstel der Bevölkerung reicht eine Stunde nicht aus.

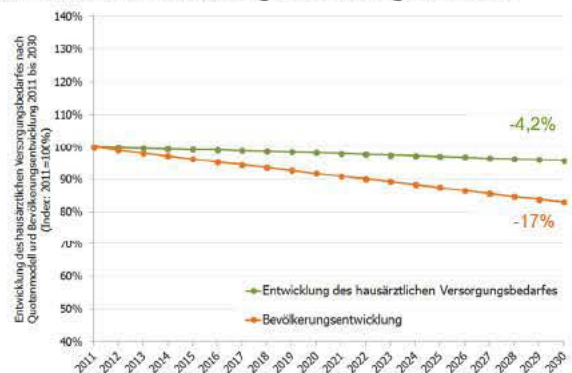
Abb. 20 und Abb. 21  
(GGR Hamburg)

### Pkw-Erreichbarkeit des fahrzeitoptimalen Hausarztes

Anteil der Bevölkerung nach Pkw-Fahrzeit



### Entwicklung des hausärztlichen Versorgungsbedarfes nach Quotenmodell und Bevölkerungsentwicklung 2011-2030





Vor diesem Hintergrund stellt sich vor allem die Frage, wie sich die Anzahl der Hausärzte in den kommenden Jahren verändern könnte, wenn das altersbedingte Ausscheiden der heute praktizierenden Hausärzte zu Grunde gelegt wird. Etwa die Hälfte der Hausärzte ist heute älter als 55 Jahre, ein Viertel sogar über 60 Jahre. Nimmt man ein altersbedingtes Ausscheiden mit 65 an, entsteht in den kommenden Jahren ein Nachfolgebefdarf von 20 %. Bis 2030 würden mehr als zwei Drittel der heute praktizierenden Hausärzte ausscheiden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bis 2030 der künftige hausärztliche Versorgungsbedarf mit 4,2 % nicht im gleichen Maße zurückgehen wird, wie es der prognostizierte Bevölkerungsrückgang

von 17 % vermuten lässt. Die Modellrechnungen haben auch gezeigt, dass die Entwicklung des hausärztlichen Versorgungsbedarfes deutliche regionale Unterschiede aufweist. Während größere Kommunen wie Schotten und Schlitz leichte Anstiege verzeichnen, geht der Bedarf laut Vorausschätzung in den kleineren Kommunen zurück. Um Handlungsstrategien zu entwickeln, wurden für die wohnortnahe Versorgung bedeutsame Standorte identifiziert und mit dem Wiederbesetzungsbedarf verknüpft. Von den vier Standorten mit mittlerer oder starker Bedeutung für die wohnortnahe Versorgung ist nur einer durch ein altersbedingtes Ausscheiden betroffen.

**LÖSUNGSANSATZ**

- Weiterbildungsverbund
- Delegation von hausärztlichen Leistungen
- Telemedizin

**Handlungsempfehlungen**

*Kreis und Kommunen*

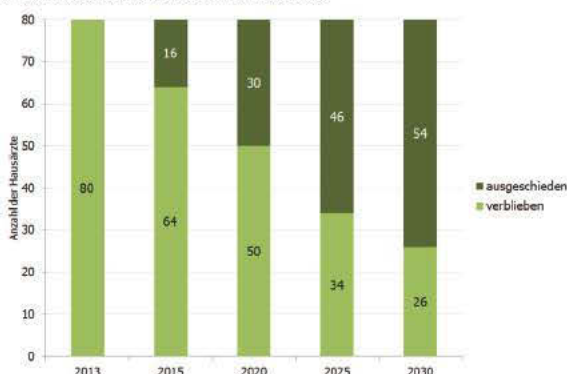
- Ziel ist es, die Versorgung mit ärztlichen Leistungen und anderen Gesundheitsdiensten besser aufeinander abzustimmen, Synergien zu nutzen und neue oder bekannte Modelle umzusetzen (Delegationsvereinbarung, Gemeinschaftspraxen mit Teilzeitarbeitsmöglichkeiten, Telemedizin-Ansatz, neue bürgerschaftlich getragene Mobilitätsmodelle...)
- Zur Wiederbesetzung von Hausarztstandorten (bedeutsam für die wohnortnahe Versorgung) sollten die benachbarten Kommunen miteinander kooperieren.

*Gesetzgebung*

- Zulassung von Gemeindegewerkschaften und Delegationsvereinbarungen für ärztliche Leistungen auch in gemäß Bedarfsplanung der KV nicht als unterversorgt eingestufte Regionen
- stärkere Berücksichtigung der lokalen Besonderheiten bei der Fortschreibung der Bedarfsplanung (traditionelle Einzugsgebiete, Fahrzeiten, Topografie)
- Nachbesetzung frei werdender Hausarztstze: Stärkung der Situation und Position des Hausarztes im ländlichen Raum (z. B. durch Modellansatz aus Baden-Württemberg zur besseren Vergütung)

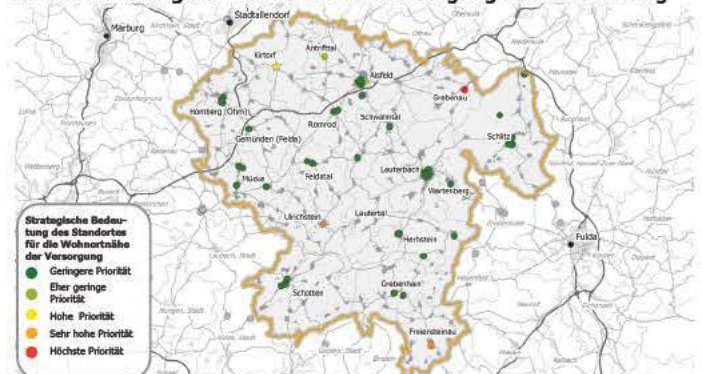
Abb. 22 und Abb. 23  
(GGR Hamburg)

**Nachfolgebefdarf bis 2030: Anzahl der aus Altersgründen mit 65 Jahren ausscheidenden Hausärzte**



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des Gesundheitsamtes des Vogelsbergkreises

**Strategische Bedeutung eines Hausarztstandortes für die Sicherung der wohnortnahen Versorgung der Bevölkerung**



Quelle: Eigene Berechnungen

## JUGEND

### HERAUSFORDERUNG

- Probleme ernstnehmen
- Jugendmobilität
- Bleibeperspektiven eröffnen

### Ausgangssituation

Die Bevölkerungsprognose hat gezeigt, dass die Anzahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahre im Vogelsbergkreis bis 2030 um ein Drittel zurückgehen wird. Der Rückgang ist flächendeckend und betrifft alle Kommunen. Vor allem die Abwanderung junger, gut ausgebildeter Frauen wirkt sich nachhaltig negativ auf die Bevölkerungsentwicklung aus.

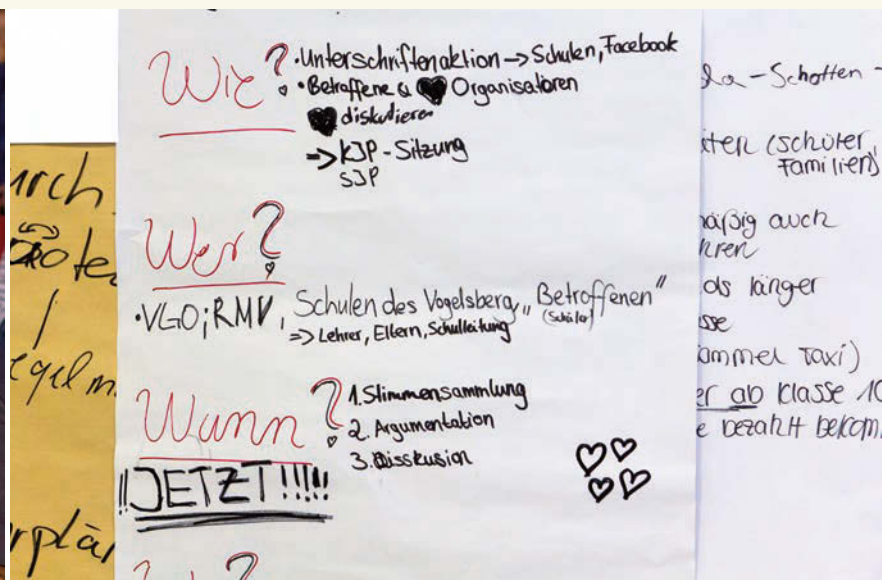
Im Rahmen einer breit angelegten Befragung im Jahr 2011 äußerten über 90 % der Jugendlichen eine hohe Verbundenheit mit der Region und einen Bleibewunsch. Fehlende Ausbildungsmöglichkeiten, Berufsperspektiven und Freizeitangebote würden aus Sicht der Jugendlichen diesem Wunsch jedoch entgegenstehen. Hier gilt es anzusetzen.

### Zentrale Ergebnisse

Der Fokus im Thema Jugend lag auf beteiligungsorientierten Ansätzen im Prozess und qualitativen Betrachtungen. Unmittelbar vor dem Start in das Modellvorhaben wurde im Vogelsbergkreis eine methodisch und inhaltlich umfassende Jugendstudie abgeschlossen. Die Ergebnisse dieser Studie mit dem Titel »Demografischer Wandel – Chancen und Ressourcen für eine beteiligungs- und sozial-

raumorientierte Jugendarbeit im ländlichen Raum« wurden im Prozess reflektiert, teils übernommen und teils konkretisiert. Im Sinne eines Methodenmix wurde für die Arbeit mit den Jugendlichen im Modellvorhaben der Ansatz einer Zukunftswerkstatt gewählt. Die Veranstaltung stand unter dem Motto »Dein Leben im Vogelsberg« und wurde in Kooperation von Kreisjugendamt und der Universität Gießen durchgeführt. Im Ergebnis haben die Jugendlichen drei konkrete Anliegen und Projektideen zur Verbesserung der Lebenssituation Jugendlicher im Vogelsbergkreis herausgestellt:

- Einrichtung von Treffpunkten (»Regenbogen-Café«) für Jugendliche und junge Familien, auch generationsübergreifend denkbar
- Stärkung der Rolle der Städte als Bildungs- und Freizeitorde (Einrichtung von Jugendräumen und -zentren)
- Verbesserung der Mobilität für Jugendliche im regionalen Kontext (Erarbeitung von Verbesserungsmöglichkeiten für den ÖPNV sowie neue Ideen für Mitfahrssysteme)



Bei der Umsetzung dieser Ideen benötigen die Jugendlichen Unterstützung von verschiedenen Akteuren. Ein zentraler Ansatz für die Zukunft ist es, die Ansichten von Jugendlichen nicht nur ernst zu nehmen und sie in Planungsprozesse einzubeziehen, sondern ihnen auch Gestaltungsspielräume zu gewähren und Verantwortung übernehmen zu lassen. Jugendliche müssen stärker dabei unterstützt werden, eigene Bleibeperspektiven zu entwickeln.

## Handlungsempfehlungen

### Kreis und Kommunen

- Optimierte interaktiven Zugang für Schülerinnen und Schüler zu Praxiserfahrung ermöglichen
- Unterstützung der Jugendlichen bei der Entwicklung eigener Bleibeperspektiven in der Region durch gezielte Informationen zu Ausbildungs- und Beschäftigungsangeboten und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Entwicklung eines Leitbildes für eine jugendgerechte Regionalentwicklung
- Systematische Berücksichtigung der Jugendperspektive in Planungsvorhaben
- Jugendliche stärker als bisher in Planungsprozesse einbeziehen und entsprechende Gestaltungsspielräume zugestehen und Verantwortung übernehmen lassen
- Im Rahmen des (gesellschaftlichen) bürgerschaftlichen Engagements und des Freiwilligenmanagements erworbene Kompetenzen von Jugendlichen fördern und anerkennen (schulischer und außerschulischer Bereich z. B. Ehrenamtspreis in verschiedenen Bereichen u. a. Jugend)
- Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik für den VBK, die die Freizeit-, Bildungs- und Ausbildungsinteressen der Jugendlichen berücksichtigt
- Gemeinsame abgestimmte gemeinwesenorientierte offene Jugendarbeit sowie Hilfs- und Beratungsangebote von Kreis und Kommunen für Jugendliche anbieten
- Rolle der Städte als zentrale Bildungs- und Freizeitorte von Jugendlichen überdenken (Notwendigkeit zentraler jugendgerechter Freizeitangebote)

### Gesetzgebung

- Gesetzliche Grundlagen der sozialen Daseinsvorsorge nach SGB VIII, in denen die Kinder- und Jugendhilfe als Pflichtaufgabe definiert ist, entsprechend anwenden
- Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik, welche die Belange und Erfordernisse des ländlichen Raumes berücksichtigt

## LÖSUNGSANSATZ

- **Partizipation**
- **Kreativ- und Gestaltungsräume zugestehen**
- **Kompetenzen anerkennen und stärken**
- **Arbeit mit Jugendlichen vor Ort unterstützen**

Abb. 24 bis Abb. 27  
(designbüro · André Hartmann)  
Impressionen aus der  
Zukunftswerkstatt Jugend



# BILDUNG

## Ausgangssituation

Eins der zentralen Themen für die Lebensqualität und damit die Zukunftsfähigkeit von ländlichen Räumen sind Bildungsstandorte, denn sie sind ein bedeutender Faktor für die Familienfreundlichkeit von Regionen. Durch den Rückgang der Anzahl an Schülerinnen und Schülern sind Grundschulstandorte sowie Schulen der Sekundarstufen I und II grundsätzlich gefährdet. In der Vergangenheit wurden bereits einzelne Grundschulstandorte zu Verbundschulen weiterentwickelt. Das Instrument der Schulentwicklungsplanung mit regelmäßigen Fortschreibungen für einen Prognosezeitraum von fünf bis sechs Jahren wird genutzt, um Aussagen über die Zukunftsfähigkeit von Schulstandorten zu erstellen.

Die zentrale Frage für die Diskussion im Themenfeld Bildung bestand darin, zu prüfen, wie zukunftssicher die heutige Schulstandortstruktur längerfristig (bis zum Jahr 2030) ist und welche Herausforderungen bzw. Anpassungsnotwendigkeiten sich wann ergeben. Damit soll eine längerfristige Investitionssicherheit für bauliche Maßnahmen abgesichert und gleichzeitig geprüft werden, ob der bestehende Kreistagsbeschluss, nach dem jede Kommune einen Grundschulstandort haben soll, auch künftig eingehalten werden kann.

### HERAUSFORDERUNG

- rückläufige Schülerzahlen
- Standards: Mindestschülerzahlen und Zuteilung bei Lehrerstellen

## Zentrale Ergebnisse

Für die nähere Zukunft (die nächsten fünf Jahre) gibt es keinen akuten Anpassungsbedarf der Schulstandortstruktur, der über die bereits erfolgten Anpassungen hinausgeht.

- Bis zum Jahr 2030 sind sechs Grundschulstandorte gefährdet, davon zwei Verbundstandorte. Für jeden Standort wurden verschiedene Handlungsoptionen geprüft, z. B. jahrgangsübergreifender Unterricht, Veränderung der Einzugsbereiche, Erhöhung der Inklusionsquote oder Modell Verbundschule. Die Ergebnisse sind Kern der nun folgenden lokalen und kreispolitischen Diskussionen.
- Die IGS Schlitzerland, die Gymnasien und Sekundarstufen II sind im längerfristigen Prognosezeitraum (kleinräumige Bevölkerungsvorausschätzung) als ungefährdet eingestuft worden. Hier besteht kein Handlungsbedarf, wenn das Wahlverhalten der Schüler für die jeweilige Schulform annähernd konstant bleibt.
- Alle vier kooperativen Gesamtschulen (verbundene Haupt- und Realschulen) im Vogelsbergkreis unterschreiten in Zukunft die geforderte Mindestschülerzahl. Um alle Standorte auch in Zukunft zu sichern, wurden verschiedene Lösungen, darunter auch die Wandlung von kooperativen zu integrierten Gesamtschulen diskutiert.

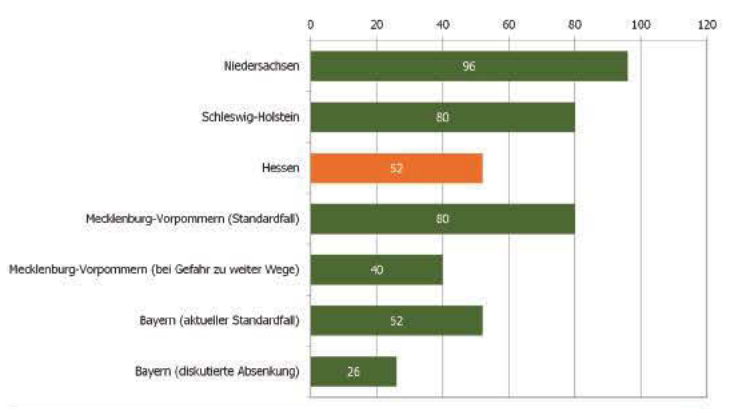
Abb. 28 und Abb. 29

(GGR Hamburg)

### Primarstufe: Schülerzahlindex 2030



### Mindestschülerzahl für Grundschulen in unterschiedl. Bundesländern



- Zusätzlich wurden die Gastschülerbeiträge betrachtet. Danach ist die IGS Schlitzerland für die benachbarte Region sehr attraktiv, da ca. 100 Schüler aus dem Landkreis Fulda hier beschult werden. Andererseits verliert der Vogelsbergkreis im Westen und Norden ca. 120 Schüler an be-

nachbarte Regionen, da hier gleichfalls attraktive IGS-Angebote in erreichbarer Entfernung vorhanden sind. Diese Ergebnisse sollen bei der Entwicklung von Lösungen in Bereich der Sekundarstufen I mit berücksichtigt werden.

**Handlungsempfehlungen**

Aus den Ergebnissen im Themenfeld Bildung wurden folgende Handlungsempfehlungen gerichtet an die Akteure der Region abgeleitet:

- Prüfung, Diskussion und Umsetzung der Handlungsempfehlungen für die Grundschulstandorte in einem Diskussionsprozess mit Schulleitung, Elternvertretern, staatlichem Schulamt, kreis- und kommunalpolitischen Vertretern.
- Prüfung, ob die bestehenden kooperativen Gesamtschulen zu Integrierten Gesamtschulen weiterentwickelt werden sollen, da diese Schulform überdurchschnittlich nachgefragt wird und aufgrund der geringeren Mindestschülerzahlen alle Sekundarstufen I Standorte erhalten werden könnten.
- Ggf. Anpassung der Zielsetzung, dass in jeder Kommune eine Grundschule sein soll (vorher alle möglichen Alternativen detailliert überprüfen)

**Gesetzgebung (Land)**

- Senkung der Mindestschülerzahlen je Klasse und deutliche Öffnung in Richtung Miniklassen (auch für Berufsschulen zum Erhalt von Ausbildungsklassen)
- Langfristige Regelungen für jahrgangsübergreifenden Unterricht entwickeln und die Lehrerausbildung entsprechend diesen neuen Anforderung (kleine Lerngruppen mit unterschiedlichem Niveau) anpassen.
- Definition von maximal zumutbaren Entfernungen als Vorgabe für die Schulstandortplanung
- Anpassung des Zuweisungsschlüssels für Lehrer an die Besonderheiten des ländlichen Raumes

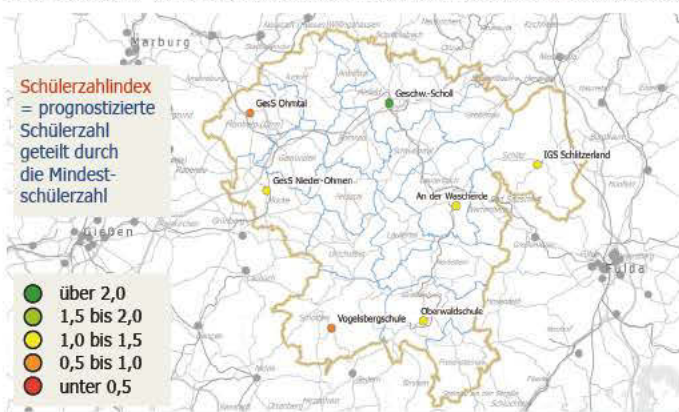
**LÖSUNGSANSATZ**

- **jahrgangsübergreifender Unterricht an kleinen Grundschulen**
- **mögliches Zukunftsmodell: Integrierte Gesamtschule**
- **entscheidend: Unterrichtsqualität**

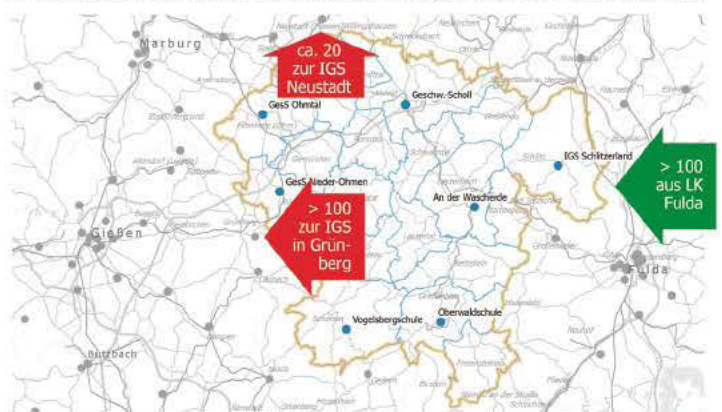
Abb. 30 und Abb.31

(GGR Hamburg)

**Sek. I (Haupt- und Realschulangebote, IGS): Schülerzahlindex 2030**



**Beschulungssaldo des Vogelsbergkreises im Bereich der IGS (Sek I)**



## FACHKRÄFTE

### HERAUSFORDERUNG

- **Fachkräftemangel als Wachstumshemmnis**
- **Auspenderüberschuss**
- **Übergang Schule - Beruf**
- **Informationsdefizit über qualifizierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der Region**

Abb. 32

Anteil der Ein- und Auspendler an allen Beschäftigten im Jahr 2011 in Prozent  
(GEWAK, Frankfurt)

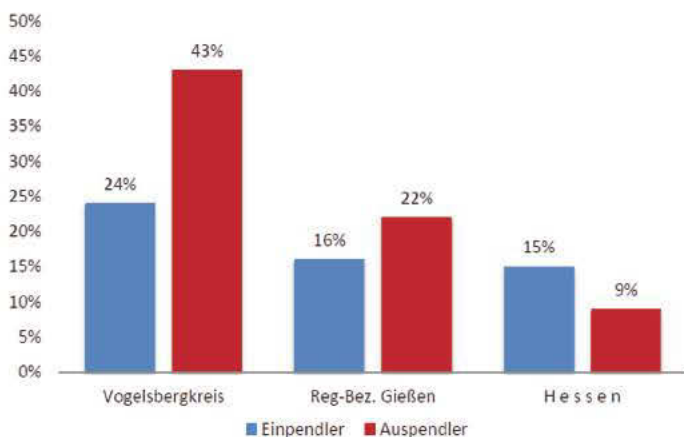
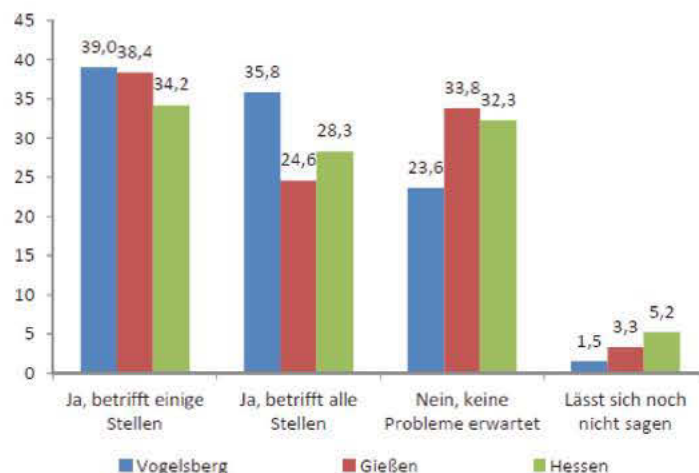


Abb. 33

Erwartete Probleme bei der Besetzung der Fachkraftstellen in Prozent  
(GEWAK, Frankfurt)



### Ausgangssituation

Zentrales Thema im Bereich Arbeit und Beschäftigung ist das Thema Fachkräfte bzw. der sich abzeichnende Fachkräftemangel. Bereits heute zeigen sich einzelne Branchen wie Pflege, Gastronomie oder einzelne handwerkliche Berufe (Maler, Bäcker), in denen sich ein Fachkräftemangel abzeichnet. Gleichzeitig gibt es unbesetzte Lehrstellen in Betrieben. Künftig wird vor dem Hintergrund der prognostizierten Einwohnerentwicklung ein deutlicher Rückgang bei den Erwerbstätigen vorhanden sein und der Fachkräftemangel wird zur zentralen Herausforderung für die Zukunft von Unternehmen.

Die Bearbeitung des Themas Fachkräfte unterscheidet sich deutlich von den anderen Themenbereichen, da keine längerfristigen Prognosen im Bereich Arbeit und Beschäftigung möglich sind. Deshalb wurde neben der Diskussion im Arbeitskreis eine breit angelegte Unternehmensbefragung durch das Institut GEWAK (Gesellschaft für Wirtschaft, Arbeit und Kultur) sowie eine teileräumliche Workshopreihe »Unternehmernetzwerk Fachkräftesicherung im Vogelsberg« durch die IHK (Industrie- und Handelskammer Gießen-Friedberg) durchgeführt.

### Zentrale Ergebnisse

Die Region Vogelsberg wird im Bereich Arbeit und Beschäftigung durch einige zentrale Merkmale gekennzeichnet.

#### • Überdurchschnittlich hoher Anteil an produzierenden Betrieben

Das Ergebnis der Wirtschaftsanalyse zeigt, dass der Anteil an produzierenden Betrieben deutlich überdurchschnittlich im Vergleich zum Regierungsbezirk Gießen und dem Land Hessen ist. Dies wurde als Vorteil bezüglich eines starken Profils im Produktionsbereich einerseits und andererseits als Nachteil durch ein in Teilen nur wenig ausgeprägtes Profil als Dienstleistungsgesellschaft angesehen.

#### • Auspendlerregion

Die Nähe zur Metropolregion Rhein-Main und zu den Oberzentren Fulda und Gießen führt dazu, dass die Anzahl der Auspendler die der Einpendler deutlich überschreitet. Das damit gleichzeitig vorhandene hohe Arbeitskräftepotential innerhalb der Region wurde als Chance für die Zukunft bewertet.

**• Weitere Strukturdaten im Überblick**

Die Belegschaft der Unternehmen ist überdurchschnittlich alt. Damit wird sich der Fachkräftebedarf künftig deutlich erhöhen.

Die Teilzeitquote ist niedrig und die Arbeitslosigkeit gering. In der Bewertung im Arbeitskreis wurde dies als Indiz dafür herangezogen, dass neue Arbeitskräfte durch die sogenannte »Reserve« nur in sehr geringem Umfang zur Verfügung stehen.

Das Thema Fachkräftemangel bzw. Sicherung von Fachkräften ist im Zusammenhang mit den erwarteten künftigen demografischen Entwicklungen für die Unternehmen neu. Gleichzeitig sind die Unternehmen im Vogelsberg bereits heute in vielen Bereichen aktiv. Dies betrifft eine überdurchschnittlich hohe Nachfrage bzw. Nutzung von Weiterbildungsmöglichkeiten, vor allem von produzierenden Unternehmen, die Förderung von Maßnahmen für ältere Beschäftigte und neue Wege, um Auszubildende für die Unternehmen zu finden.

**Handlungsempfehlungen**

*Die Arbeitsgruppe Fachkräfte hat folgende Empfehlungen gerichtet an die Akteure der Region abgeleitet:*

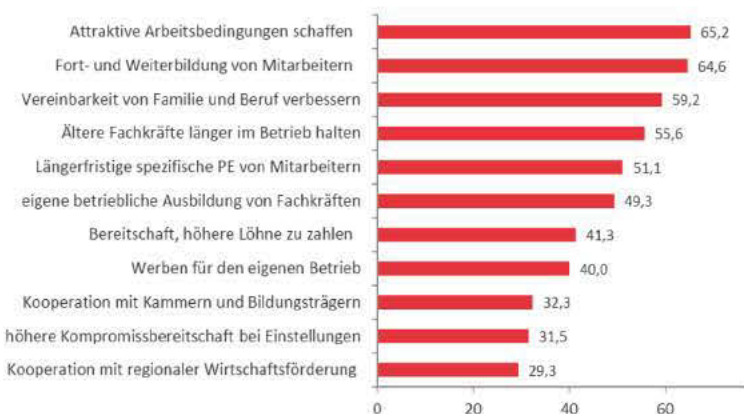
- Unternehmen: Individuelle Unternehmens- und Umfeldanalysen mit Personalbedarfsplanung
- Gründungsberatung/Nachfolgeberatung
- Strategieansatz »finden«: neue Zielgruppen erschließen - Rekrutierung von Studienabbrechern, an Hochschulen, bei Weiterbildungsanbietern
- Strategieansatz »ausbilden«: Optimierung und Erweiterung der Azubi-Recherche; 2. und 3. Beste ausbilden; bestehende Kontakte besser nutzen; Imagearbeit
- Strategieansatz »binden«: Anbieten von flexiblen Arbeitszeitmodellen, frühzeitige Laufbahn- und Nachfolgeplanung, individuelle Mitarbeitergespräche, Rahmenbedingungen und Lebensqualität (Vereinbarkeit von Beruf und Familie)
- Strategieansatz »Aktive und jugendgerechte Berufsorientierung durch Unternehmen / Strategische Positionierung von KMU für die Azubi-Akquise«
- Strategieansatz »qualifizieren«: Nachwuchsförderung (Meisterfortbildungen, berufsbegleitendes Studium), duales Studium, Wissens- und Erfahrungsaustausch im Unternehmen

**LÖSUNGSANSATZ**

- jugendgerechte Berufsorientierung
- Maßnahmen für ältere Beschäftigte
- Nachwuchsförderung in Unternehmen

Abb. 34  
Bedeutung von Maßnahmen zur Fachkräftesicherung; Kategorie »hoch« in Prozent (GEWAK, Frankfurt)

Abb. 35  
Voraussetzung zur Berücksichtigung lernschwächerer Jugendlicher in Prozent (GEWAK, Frankfurt)



## ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

### VOGELSBERGSONG

»Wir sind Kinder des Vulkans«

Information und Kommunikation stand im Mittelpunkt der vielschichtigen Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit im Modellvorhaben. Um über die Ziele und Ergebnisse des MORO-Prozesses in der Öffentlichkeit zu informieren, wurden die klassischen Instrumente der Medienarbeit eingesetzt. In zeitlichen Abständen wurde per Pressemitteilung über zentrale Veranstaltungen und Aktivitäten im Prozess informiert. Zusätzlich erfolgte die Verknüpfung zwischen Prozess und den beteiligten Akteuren sowie deren Projekten mit demografischen Bezügen z. B. Bündnis für Familie, Kinder- und Jugendparlament etc., um die Wahrnehmung

des Modellvorhabens als strategisch-konzeptionelle Klammer zu unterstützen. Als ein weiteres Informationsmedium wurde das Internet genutzt. Unter dem Stichwort »Regionalstrategie Daseinsvorsorge« waren alle Termine und Informationen abrufbar. Über eine zentrale Mailadresse konnten Fragen und Anregungen eingereicht werden.

Um Jugendliche und Bürger in Planungs- und Strategieprozessen zu erreichen, bedarf es einer zielgerichteten und mehrdimensionalen Ansprache, die über Pressemeldungen oder allgemeine Informationen hinaus geht. Vor diesem Hinter-

Podiumsdiskussion  
bei der MORO-  
Aufaktveranstaltung 2012



Premiere des Vogelsberg-  
songs bei der Zwischen-  
bilanzveranstaltung 2013





grund entstand der sog. Vogelsberg Song »Wir sind Vogelsberg«. Durch die Verknüpfung des Modellvorhabens mit einem Song, der Besonderheiten und Lebensgefühl der Region aufgreift und gerade jüngere Zielgruppen anspricht, konnte eine große mediale Aufmerksamkeit auf den Prozess gelenkt werden. Der Vogelsberg Song wurde von einheimischen Musikern komponiert, eingesungen und arrangiert. Es entwickelte sich eine eigene Dynamik, aus der als weiterer Baustein auch ein Filmprojekt hervorging, das in das Modellvorhaben eingebettet wurde und auf der Abschlussveranstaltung sowie im kommunalen Kino gezeigt wurde.

Als ein neues Instrument wurde auch die seit 2012 frei geschaltete Bürgerdialogplattform des Landkreises eingesetzt. Im Modellvorhaben erarbeitete Handlungsempfehlungen und diskutierte Fragestellungen standen über einen Zeitraum von sechs Wochen zur Abstimmung. Eigene Diskussionsbeiträge konnten ebenfalls eingebracht werden. Mit rund 1000 Abstimmungen konnte zwar kein repräsentatives Ergebnis erzielt werden. Grundtendenzen zu den Themen Schulentwicklung, ärztliche Versorgung oder Jugend konnten jedoch abgeleitet und in den Erarbeitungsprozess zur Regionalstrategie eingebunden werden.

**BÜRGERDIALOGPLATTFORM**



Für Meinungen und Anregungen zu den Themen des Vogelsbergkreises



Präsentation des MORO-Films auf der Abschlussveranstaltung 2013



Vorstellung der Ergebnisse im MORO-Prozess zum Thema Jugend

Abb. 36 bis 39  
Pressestelle Vogelsbergkreis

## VERSTETIGUNG UND PROJEKTE

### EU-FÖRDERPERIODE

2014-2020

**Verankerung der Ergebnisse  
im regionalen Entwicklungs-  
konzept (REK)**

Die Erarbeitung einer Regionalstrategie ist nur ein erster – wenn auch wichtiger – Schritt auf dem Weg, sich den Herausforderungen des demografischen Wandels zu stellen. Wie ist mit den Ergebnissen anschließend umzugehen?

Dabei können drei Ebenen unterschieden werden: Erstens die Implementierung in Fachplanungen sowie die Berücksichtigung bei weiteren Konzepten bzw. Planungen; zweitens die Verstetigung der Arbeitsprozesse und damit die Begleitung der weiteren Umsetzung; und drittens die konkrete Initiierung bzw. Umsetzung von Projekten.

Die Sicherung und der Transfer der Ergebnisse können themenspezifisch auf verschiedene Weisen erfolgen und reichen dabei von politischer Implementierung per Beschluss im Kreistag über vertiefende Planungen und Umsetzung in den Fachplanungen, die Berücksichtigung bei teils räumlichen Planungen bis hin zu konkreten Arbeitsaufträgen. Die Umsetzung der Ergebnisse kann somit in unterschiedlicher Intensität und Verbindlichkeit erfolgen. Entscheidend ist, dass die erarbeiteten Handlungsempfehlungen in die fachliche und politische Arbeit eingebracht werden, um sie umsetzen zu können bzw. politische Entscheidungsprozesse fachlich zu untermauern.

Die im Rahmen des Modellvorhabens Regionalstrategie Daseinsvorsorge erarbeiteten Datenanalysen, Handlungsempfehlungen und Strategie- und Projektansätze für den Vogelsbergkreis werden in unterschiedlicher Weise Eingang in das vielschichtige Engagement in der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen des demografischen Wandels finden. An erster Stelle sei auf das neue regionale Entwicklungskonzept (REK) für die EU-Förderperiode 2014-2020 hingewiesen. Nahezu alle im Modellvorhaben betrachteten Themen werden auch darin eine zentrale Rolle spielen. Die themenbezogenen Ergebnisse stellen zudem eine neue planerische wie konzeptionelle Grundlage für Fachplanungen (Schulentwicklungsplanung, Altenhilfeplanung etc.) dar.

Die Verstetigung des Prozesses und der strategischen wie projektorientierten Ansätze innerhalb der Regionalstrategie wird künftig themenbezo-

gen erfolgen. Die Lenkungsgruppe mit dem Fokus auf Vernetzung und Koordination bleibt bestehen und bildet die »Klammer« für die Prozessverstetigung. Zudem wird die besondere Rolle der Städte und Kommunen im Hinblick auf Kooperation und interkommunale Zusammenarbeit herausgestellt und von Seiten des Landkreises unterstützt.

Zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen wurden im Rahmen des Modellvorhabens erste Projekte angestoßen. Folgende Projekte befinden sich in der Umsetzungsphase:

- aufsuchende mobile Jugendarbeit in ehrenamtlicher Struktur
- Initiierung eines Unternehmernetzwerkes zur Fachkräftesicherung
- E-Mobilität im Vogelsberg – neue Wege der Mobilität

In letztgenanntem Modellprojekt werden, finanziert durch Bund und Land, die Voraussetzungen für den erfolgreichen Einsatz und die Potentiale von Elektrofahrzeugen bei der Sicherung der Mobilität im ländlichen Raum untersucht und erprobt. Dies geschieht anhand von zwei Ansätzen. Einmal ist in zwei ländlichen Ortsteilen ein »Elektro-Car-sharing« geplant. Zum anderen soll in einem städtisch geprägten Raum mit Kernstadt und Stadtteilen ein Hol- und Bringdienst als neue Form der Nachbarschaftshilfe etabliert werden.

Weitere Projekte mit hohem Konkretisierungsgrad wurden im Modellvorhaben erarbeitet und als Startprojekte priorisiert, die dann von verschiedenen Akteuren und Trägern realisiert werden. Für die Umsetzung bestehen Anknüpfungspunkte mit der klassischen Dorfentwicklung oder LEADER-Förderung.

### STRATEGISCHE VERTIEFUNG

**Einbindung der Ergebnisse  
in planerische und konzepti-  
onelle Prozesse**

### KOOPERATION UND

INTERKOMMUNALE

ZUSAMMENARBEIT

**Besondere Rolle von Kreis,  
Städten und Gemeinden**

Projekttitlel	Thema	mögliche Projektträger/Projektpartner
<b>Imagekampagne</b> für den Vogelsbergkreis	Themen übergreifend	Kreis, Kommunen, Verbände etc.
<b>Koordinierung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen</b> (Raumnutzungsanalysen) »Was gibt es, wie sind die Bedarfe«	Themen übergreifend	Kommunen (übertragbare Ansätze aus DE-Kommunen z. B. Schotten)
<b>Leben und Wohnen im Alter als fließende Übergänge vor Ort</b> - Ausweitung Angebote des Pflegestützpunkte - Schaffung tagesstrukturierender Angebote - Wohnen im Alter	Senioren und Pflege	Kreis mit Pflegestützpunkt, Kommunen, private Anbieter, Wohlfahrtsverbände etc.
<b>Gesundheitszentrum</b> (-netz) als Bündelung der ärztlichen Versorgung mit weiteren Anbietern im Gesundheitswesen	Ärztliche Versorgung	Kreis und Kommunen, Ärzte etc.
<b>Netzwerkkonferenz</b> Gesundheit und Pflege	Pflege & Ärztliche Versorgung	Kreis mit Pflegestützpunkt, Ärzte, Pflegedienste
<b>Berufe-Rallye</b>	Jugend, Bildung, Fachkräfte	VB-Consult
<b>Regenbogen-Café</b> als offenes Mehrgenerationenhaus	Jugend	KJP, Jugendarbeit
<b>Ganztagschule</b> Betreuungsangebot nach Übergang KiTa zur Grundschule	Bildung	Kreis als Schulträger, Kommunen, Vereine
<b>Netzwerk Fachkräftesicherung</b> dauerhaft und kreisweit installieren	Fachkräfte	IHK, weitere
<b>Rahmenplanung für Ortskernentwicklung</b> inkl. Dokumentation gelungener Maßnahmen	Siedlungsentwicklung	Kreis (Bauamt, ALRD), Denkmalpflege, Kommunen
<b>Rahmenbedingungen und Standards bei der Abwasserentsorgung</b> (mit Klärschlamm) - verschiedene Anknüpfungspunkte	Technische Infrastruktur	Kommunen, Abwasserverbände, Kreis

**NEUE WEGE GEHEN**  
Modellprojekte in den Bereichen E-Mobilität, Fachkräftesicherung und Jugendarbeit sind angestoßen

**PROJEKTE**

- von der Idee zur Umsetzung
- Projektmerkmale: Realisierbarkeit, Nachhaltigkeit und Übertragbarkeit
- Freiraum für experimentelle Lösungswege

Tabelle 2:  
Projektübersicht  
(eigene Darstellung  
Vogelsbergkreis)

Weitere Projekte wie z. B. Auslobung eines Vulkan-Preises zur Initiierung einer kreisweiten Anerkennungskultur im Ehrenamt, die »Produktionsschule« zum Heranführen benachteiligter Jugendlicher an die Arbeitswelt oder die Gründung einer Alzheimergesellschaft wurden in einem Ideenspeicher festgehalten.



## Impressum

*Herausgeber*  
 Vogelsbergkreis  
 Goldhelg 20  
 36341 Lauterbach

*Ansprechpartner*  
 Landrat Manfred Görig  
 Goldhelg 20  
 36341 Lauterbach

*Prozessmanagement*  
 Vogelsbergkreis  
 Amt für den ländlichen Raum  
 und Daseinsvorsorge  
 Adolf-Spieß-Straße 34  
 36341 Lauterbach

*Bilder und Grafiken*  
 Pressestelle Vogelsbergkreis  
 prologo, Göttingen  
 Gesellschaft für Wirtschaft,  
 Arbeit und Kultur (GEWAK),  
 Frankfurt  
 Gertz Gutsche Rümenapp  
 (GGR), Hamburg  
 designbüro · André Hartmann ·  
 Tanja Sommerfeld, Lauterbach

*Textliche Bearbeitung*  
 Dr. Michael Glatthaar, prologo  
 Matthias Sebald, Vogelsbergkreis  
 Gabriele Richter, Vogelsbergkreis  
 Erich Ruhl, Vogelsbergkreis

*Gestaltung und Satz*  
 designbüro Lauterbach

Nachdruck und Vervielfältigung  
 Alle Rechte vorbehalten

Juli 2014

